

1
20
18
4,90€

LIBERALE PERSPEKTIVEN

Zeitschrift für Gesellschaft und Moderne





**„Menschen mit einer
neuen Idee gelten
so lange als Spinner,
bis sich die Sache
durchgesetzt hat.“**

-Mark Twain



1- 2018
INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	03
Impressum	26
Bücherschau	31
Beitrag des LHG	39

05
ESSAY
**Arbeit 4.0 benötigt
Bildung 4.0**
von Prof. Dr. Ottmar Schneck

11
ESSAY
**Langzeit-Studentenvertreter:
Ein Problem?**
von Christian Krauss

14
ZEITGESPRÄCH
**Die Stiftung für die Freiheit
in Vietnam**
*ein Interview mit Dr. Pham Tien, Projektleiter der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
geführt von Brigitte Bremer*

19
LIBERALES DENKEN
**"Liberaler Grundwerte
der Umweltpolitik"**
*zum 50-jährigen Jubiläum der
„Zehn Gebote für eine nachhaltige Welt“
von Peter Menke-Glückert.
Eine Rede von Dr. Lukas Köhler, MdB*

23
ESSAY
Jungen und Männer als Opfer
*Missbrauch und Nötigung betreffen beide
Geschlechter - wenn auch ungleichmäßig
von Alexander Bagus*

27
ARCHIV
Remembering Dahrendorf
von Prof. Dr. Klaus Allerbeck

36
LIBERALES DENKEN
**Mehr Mut zu Europa,
liebe Freie Demokraten!**
von Marina Sedlo

DIGITALISIERUNG UND DEBATTENKULTUR

Die Digitalisierung ist hier – das hat auch Bundeskanzlerin Merkel in ihrem dreizehnten Regierungsjahr gemerkt. Ob sie auch gemerkt hat, dass uns Japan nicht nur bei der Pünktlichkeit der Bahnen überholt hat, und dass in Südkorea die durchschnittliche Internetübertragungsrate fast doppelt so schnell ist wie bei uns, ist dagegen nicht bekannt. Sie hat auch 2016 und 2017 festgestellt, dass der Bundesregierung die Debattenhoheit in den Sozialen Medien entgleitet bzw. wohl schon länger entglitten ist. Resultat dieser Erkenntnis ist nun das Netzdurchsetzungsgesetz (NetzDG) – als hätten StGB und andere Gesetzestexte im Netz vorher keine Gültigkeit gehabt.

Aus offizieller Sicht der Bundesregierung reagiert das NetzDG auf ein bestehendes „Problem für die demokratische Gesellschaft und ihre Debattenkultur“ mit „einer neuen Herangehensweise“. Tatsächlich herrscht in den Sozialen Medien bei politischen Fragen oft ein rauer, unhöflicher, verletzender, ja beleidigender Tonfall. Politisch Verantwortliche verhalten sich dabei des Öfteren selbst wie die berühmt-berüchtigte Axt im Walde. Ralf Stegner, seines Zeichens stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender, ist da nur ein bekanntes Beispiel. Auf Twitter hat er sich

regelmäßig über alle Anstandsregeln hinweggesetzt. So verglich er beispielsweise den damaligen CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer mit dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un oder raunzte Bürger mit „Sie können mich mal...“ an.

Führende Liberale sehen das NetzDG als Angriff auf die Meinungsfreiheit sowie als Aufgabe des Rechtsstaats durch Übertragung der Urteilsfindung an Konzerne. Sicher dürfte eines sein: Das NetzDG wird noch in Karlsruhe landen. Die Frage ist nur auf welchem Wege und wann.

Doch zur Debattenkultur gehört in einer Demokratie für mich nicht nur die Form, dazu gehört auch der Inhalt. Grundsätzliche Diskussionen werden auf der politischen Bühne aufgrund der Schnelllebigkeit der Themen fast schon abgewürgt – wenn sie denn überhaupt noch stattfinden. Wie soll unsere Gesellschaft bei fortschreitender Digitalisierung aussehen? Wie wollen wir in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts eigentlich leben? Welches sind die großen Bedrohungen unserer Zivilisation, und wie gehen wir mit diesen um? Über diese Fragestellungen legt sich die dominierende Tagespolitik wie Mehltau und erstickt sie. Dafür diskutieren wir über Feinstaubbelastung,

100 Prozent steuerfinanzierten ÖPNV, geplante Zollerhöhungen durch die Trump-Regierung, Hundekrawatten von AfD-Politikern und politische Farbenspiele á la Kenia, Jamaika etc.

Auf jeden Fall fällt nach den heißen Debatten um das NetzDG der Bundesregierung zum Thema Digitalisierung meist nur eine weitere Antwort ein: Breitbandausbau. So wichtig dieser auch ist, so ist er nur eine Facette der Digitalisierung. Und ganz ehrlich: Wenn sich die Bundesregierung um den Breitbandausbau so kümmert wie um die Energiewende, dann bleiben wir ein analoges Entwicklungsland – geschweige denn, dass damit eine Debatte über Chancen, Risiken und Schutz der digitalisierten Gesellschaft geführt wurde. Sicher ist, dass diese Debatte in den kommenden Jahren brennender werden wird.

Am Ende dieses Editorials steht der Dank. Ihr Engagement für diese sowie die vier vergangenen Ausgaben der Liberalen Perspektiven kann nicht hoch genug geschätzt werden. Brigitte Bremer hat als Chefredakteurin für einen Fortbestand der Liberalen Perspektiven in ihrem jetzigen Erscheinungsbild gesorgt. Sie hat einen Ideenreichtum, der noch viele Ausgaben prägen könnte. Leider hat sie sich

entschieden, die Liberalen Perspektiven in vertrauensvolle Hände abzugeben, um ihrem kommunalen Engagement besser nachkommen zu können. Wir unterstützen sie in dieser Entscheidung, bedauern sie aber zugleich. Ihr Nachfolger ist Benedikt Bente. Er hat diese Ausgabe schon mitbetreut und ist den treuen Lesern dieser Zeitschrift kein Unbekannter. So stand er in der Vergangenheit nicht nur als Autor zur Verfügung, er beteiligte sich auch aktiv an den Korrekturphasen. Nun übernimmt er die Chefredaktion. Seien Sie auf die kommenden Ausgaben gespannt – ich bin es definitiv.

Ihr



Alexander Bagus, Präses



Arbeit 4.0 benötigt Bildung 4.0

von Prof. Dr. Ottmar Schneck

Wenn wir heute allgegenwärtig von Digitalisierung sprechen, so sind vielfältige Entwicklungen gemeint, die nicht nur in einem Trend oder einer Prognose zusammenfassbar sind. Dabei sind u.a. persönliche, politische, kulturelle und wirtschaftliche Veränderungen spürbar, die wir

als digitale Transformation bezeichnen, und die unser gesellschaftliches Zusammenleben sowie die Art der Arbeitsleistung betreffen. Gerade diese neue Arbeitswelt erfordert ein Umdenken in der Bildungspolitik, die noch analog und präsent daherkommt. In diesem Artikel soll nach einer kurzen

Einführung über die allgemein spürbaren Veränderungen durch die Digitalisierung der Blick vor allem auf die sich verändernde Arbeitswelt gelegt werden, die auch als Arbeit 4.0 bezeichnet wird. Während Bildung zu Zeiten von Wilhelm und Alexander von Humboldt losgelöst von Anwendungs- und Arbeitsbezug (employability) diskutiert wurde, stellt sich heute die Frage nach der für diese Arbeit 4.0 passenden Bildung 4.0.

Digitalisierung verändert menschliches Verhalten

Digitalisierung bzw. digitale Transformation beschreibt die Vernetzung von Informationen mit Realem, d.h. beispielsweise das Mähen eines realen Rasens durch einen Rasenroboter, der digital gesteuert Maße, Witterung u.v.a. erkennt und vermeintlich intelligent, letztlich aber nur durch lernende Algorithmen eigenständig handelt. Viele alltäglich genutzte digitale statt analoge Entwicklungen wären hier noch zu nennen wie ALEXA, die beispielsweise Rollläden auf Sprachkommando schließt, oder SIRI, die Auskünfte über das abendliche Kinoprogramm liefert, die IP-Telefonie, die Kommunikation und Information kombiniert, oder der Regensensor im selbstfahrenden Auto, der Scheibenwischer automatisch betätigt und den Regeneintritt gleich an eine Wetterstation meldet, die damit eine Bezahl-App mit aktuellen Prognosen füttert. Dass sich durch die Digitalisierung ganze Branchen verändern, ist nicht zuletzt im Rückgang des stationären Handels oder der Dienstleistungen zu Gunsten vielfältiger Online-Plattformen zu beobachten. Online-Hotel- und Reisebuchungen oder Warenbestellungen verdrängen den stationären Handel und reale Dienstleistungen. Auch in der Produktion verändern Robotik und Telematik die Arbeitsprozesse gänzlich. So kommt eine sogenannte „Dark Factory“ in der Tat ohne Licht aus, da ausschließlich Roboter die Produktionsprozesse steuern und ohne menschliche Eingriffe Produkte herstellen. Hier sprechen wir von Industrie 4.0.

Bei all diesen sichtbaren Veränderungen sind die Veränderungen des menschlichen Wesens zunächst zu beachten, welche mit der Digitalisierung einhergehen. Dabei sind Wahrnehmungsveränderungen einerseits und Verhaltensveränderungen andererseits zu unterscheiden.

Durch die Digitalisierung werden von Psychologen aktuell sogenannte Wahrnehmungs-Diffusionen beobachtet. Bei dem ständigen Wechsel zwischen Realität und Virtualität verschwimmen diese beiden Zustände und es gibt nicht wenige intensive Internetnutzer, die Realität und Virtualität nicht mehr unterscheiden können oder wollen. Die Wahrnehmung verändert sich auch durch die beobachtbare Alarmbereitschaft der Nutzer sozialer Medien. Wer auf eingehende Nachrichten ständig und sofort reagiert, wird langfristig nachweisbar Konzentrationsstörungen erleiden und das Zeitempfinden wird sich verändern. Dies wird auch als „Internet Addiction“ bezeichnet, die einhergeht mit der Angst des Kontrollverlustes, wenn auf Nachrichten nicht unmittelbar reagiert werden kann.

Gleichermaßen beobachten Psychologen in neuen Forschungsbereichen der so genannten Cyber-Psychologie eine Zunahme von Egozentrik, Narzissmus und vor allem eine zunehmende Gewaltbereitschaft, die sich gerade in sozialen Medien und auf anonymen Portalen niederschlägt. Menschen, die im realen Leben Kritik empathisch äußern können, scheinen im Internet ihre Meinungen enthemmt auszudrücken. Damit einher geht ein Verantwortungsverlust, der durch Anonymität gefördert und durch Gruppenkohäsionen noch verstärkt wird. Statt von Schwarmintelligenz kann hier von Schwarmsynchronität gesprochen werden, in der eine Masse an „Followern“ und Trittbrettfahrern meist negative Botschaften wiederholt und verstärkt, was zu „Cybermobbing“, „Cyberstalking“ oder schlicht „Cyber-Crime“ führen kann. „Haten“ im Netz ist inzwischen zu einer Freizeitbeschäftigung geworden. Abgeleitet aus der Medizin wird dies als Nocebo-Effekt bezeichnet, d.h. die negative Wirksamkeit von Äußerungen

wird entweder nicht bedacht oder billigend in Kauf genommen.

Ein weiterer Effekt der Veränderung menschlichen Verhaltens ist das sogenannte „Privacy Paradoxon“, d.h. die Illusion der Privatheit, die auch als Netz-Naivität bezeichnet werden kann. Dass private Bilder und Texte in Internetportalen letztlich vielfältig genutzt werden, ist hinlänglich bekannt. Dennoch stellen viele Internetnutzer private Texte, Bilder und Daten ins Netz, die sie in schriftlichen Anfragen, dem Datenschutz geschuldet, nie preisgeben würden. All diese Veränderungen menschlichen Verhaltens sind zu beachten, wenn wir über neue Arbeitswelten und neue Bildungsformate sprechen. Denn es sind eben diese Menschen, die sich in der Arbeitswelt 4.0 bewegen und die ggf. eine neue Form der Bildung benötigen.

Digitalisierung verändert die Wirtschaft und die Arbeitswelt

Das Beispiel des Rasenroboters zu Beginn dieses Beitrages ist gleichzeitig der Hinweis auf die Produktion zunehmend digital vernetzter Produkte, die nicht nur softwaregesteuert sind, sondern im Realbetrieb online mit Datenbanken oder Portalen in Verbindung stehen, um Abläufe oder Ergebnisse dynamisch zu optimieren. Die neue Art der Produktion oder Dienstleistung wird auch als Arbeit 4.0 bezeichnet. Dabei wird die Zahl aus den bisherigen sogenannten industriellen Revolutionen abgeleitet. Nach der Mechanisierung, bekannt vor allem durch die damals neuen Webstühle, der anschließenden Industrialisierung, bekannt durch den so genannten Taylorismus, und der dritten industriellen Revolution, der so genannten Computerisierung im letzten Jahrhundert, kann die Digitalisierung als vierte industrielle Revolution bezeichnet werden, die aktuell nicht nur menschliches Verhalten grundlegend ändert, sondern sämtliche Arbeitsprozesse und Geschäftsmodelle.

Diese Digitalisierung verändert dabei die Arbeitswelt genauso nachhaltig wie einst die

«Diese Digitalisierung verändert dabei die Arbeitswelt genauso nachhaltig wie einst die Mechanisierung oder Automatisierung. Da ist aktuell zunächst eine neue Mensch-Maschine-Interaktion zu beobachten.»

Mechanisierung oder Automatisierung. Da ist aktuell zunächst eine neue Mensch-Maschine-Interaktion zu beobachten. In modernen Arbeitswelten genügt erlerntes kognitives Wissen meist nicht mehr, und es sind Interaktionen mit Wissensdatenbanken zur Effizienzerhaltung und -steigerung notwendig. Damit einher gehen ein höheres Arbeitstempo, größere Arbeitsumfänge und -verantwortungen. Das erhöhte Arbeitstempo wird auch durch immer kürzere Produktlebenszyklen und Innovationsprozesse bedingt. Wenn man bedenkt, dass das Radio 30 Jahre benötigte, um sich weltweit zu etablieren, Facebook immerhin drei Jahre, hat das Kommunikationsportal SKYPE vor einigen Jahren lediglich drei Monate benötigt, um eine weltweite Verbreitung zu erfahren.

Durch die Digitalisierung entstehen auch gänzlich neue Geschäftsmodelle, sodass Arbeit 4.0 völlig neue Arbeitsplatzbeschreibungen und -anforderungen bedeuten kann. Werkstätten, Immobilien oder Material sind bei Online-Plattformen nicht mehr notwendig, und so können Mitarbeiter von Facebook oder Google weltweit online arbeiten, ohne an einem festen Arbeitsplatz präsent sein zu müssen. So nimmt die Zahl der nur für Projekte und Teilarbeiten beauftragten selbständigen „Co-Workers“ ständig zu. Betriebszugehörigkeit, Gestaltung von Unternehmenskultur oder gewerkschaft-

liche Organisationen nehmen damit an Bedeutung ab.

Der ständig nötige und mögliche Transfer von Wissen, das überall zugänglich ist, schafft eine Beschleunigung in der Lösung von Problemen und Fragen, die bei traditionellen Suchroutinen oder dem einstigen Nachschlagen in Handbüchern oder Realbibliotheken undenkbar schien. Eine Information kurz zu googlen, oder aus dem millionenfachen Angebot von Erklärvideos eine Fragestellung rasch zu beantworten, ist heute nicht mehr wegzudenken bzw. selbstverständlich. Apps erleichtern dabei Such- und Lösungsprozesse. Arbeit wird damit wissensbasiert, akademischer und erfordert eine veränderte Bildung, die sich an Kompetenzen und nicht an bloßem Wissenserwerb orientiert.

veränderungsbereit sind und handlungskompetent. Gerade die Handlungskompetenz wird in allen neuen didaktischen Konzepten, wie dem CORE-Prinzip („Competence Oriented Research and Education“) betont, das sich die SRH-Hochschulen in ihrem Verbund auferlegt haben. Diese Didaktik setzt konsequent auf die Vermittlung von Handlungskompetenz, die durchaus auf Selbst-, Sozial-, Methoden- und Fachkompetenz aufbaut, aber eben die erstere in den Fokus stellt. Lehr- und Lernmethoden werden konsequent auf diese Handlungskompetenz ausgerichtet und drücken sich in problembezogenen Blockstrukturen einer ganzheitlichen Beleuchtung einer Fragestellung im Gegensatz zu einer fragmentierten funktionalen Wissensvermittlung aus. Sequentielles Lernen ist dabei ein wesentliches Schlagwort und bedeutet zum Bei-

«Digitale und liberale Bildung kann so als ideale Kombination von Humboldt und Bologna bezeichnet werden.»

Digitalisierung verändert Bildung

Wenn Arbeitswelten sich dahingehend verändern, dass Prozesse komplexer, dynamischer und intelligenter werden, können Menschen nicht weiter traditionell ausgebildet und nur wissend sein. Agilität und Virtualität als Gegenentwurf zur bisherigen Planung und Organisation müssen erst erlernt und eingeübt werden. Jahrzehnte wurden Managementmethoden entwickelt und verbreitet, in denen die Zukunft prognostiziert und Strategien und Pläne entwickelt wurden. In einer digitalen und wenig berechenbaren Welt werden diese Managementmethoden nicht mehr ausreichen. Während viele Jahre Planer, Controller und Projektmanager ausgebildet wurden, sind nun agile „Digital Leader“ gefragt, welche die digitale Transformation gestalten können. Es benötigt Menschen, die ein hohes Maß an Reflektion des eigenen Tuns aufbringen und die ständige Hinterfragung von Bestehendem nicht als Risiko begreifen,

spiel in 5-Wochenblöcken die ganzheitliche Durchleuchtung eines Themas. Auch die Prüfungsformen einer CORE-Hochschule sind weniger Klausuren, die Wissen abfragen, sondern problembezogene Fallstudienlösungen, aktivierende Rollenspiele oder Realprojekte. All dies sind Formate, die uns auch in Montessori-, Waldorf- oder Marchtaler Plan-Schulen begegnen, allerdings bei CORE weltanschaulich frei und ohne Wertungen daherkommen. Lehren und Lernen soll, ganz im Sinne von Heraklit, ein Feuer entfachen und nicht einen leeren Eimer füllen.

Die Orientierung an der Handlungskompetenz kann als adäquate Reaktion auf die Digitalisierung in der Retrospektive bisheriger Bildungsideale durchaus als revolutionär bzw. als Kombination aus alten und neuen Bildungszielen bezeichnet werden. Digitale und liberale Bildung kann so als ideale Kombination von Humboldt und Bologna bezeichnet werden.

Während also Bildung zu Zeiten Wilhelm und Alexander von Humboldts als Macht- und Legitimation der Zugehörigkeit zu einer Klasse diente, welche nur Ausgewählten und meist Adeligen vorbehalten war, hatte dieses humboldtsche Bildungsideal immerhin die Globalität, Vernetztheit und Ganzheitlichkeit als Maxime. So hat Alexander von Humboldt Physik, Anatomie und Zoologie sowie die Bergmannskunst studiert und durch seine vielen Weltreisen eine Vielfalt neuer Disziplinen begründet. Sein Ziel, das Weltwissen in fünf Bänden zu dokumentieren, mag in Zeiten von Wikipedia vermessen klingen, aber für eine Kompetenzorientierung ist die Vernetzung, Ganzheitlichkeit und Globalität vorbildlich und zu erhalten.

Durch die so genannte Bolognaform dieses Jahrhunderts, bei der europaweit Bildungsabschlüsse harmonisiert und anrechenbar wurden, kam eine Demokratisierung und Liberalisierung im Bildungsbereich zustande, die vielen Menschen Bildung erst zugänglich machte, welche zu Humboldts Zeiten diese nie erlangt hätten. Auch die Mobilität, Flexibilität und Anrechenbarkeit von Bildung durch ECTS sind Fortschritte, die in der Kompetenzorientierung Einfluss gefunden haben. Dabei ist kritisch zu hinterfragen, wie viel Globalität in einer verschulerten Workload-Bildung noch übriggeblieben ist. So kann die Kompetenzorientierung eines CORE-Prinzips als Kombination alter Werte

«Die digitale Transformation individualisiert, entbürokratisiert und dynamisiert die Welt. Für individuelle Ansprüche ist eine moderne Arbeitswelt mit Einzelproduktionen und maßgeschneiderten Dienstleistungen gerüstet.»

von Humboldt und moderner Werte der Bolognaform als revolutionäre und für die digitale Herausforderung ideale Antwort bezeichnet werden. Die Kompetenz, Wissen im rechten Zeitpunkt am rechten Ort für die aktuellen Fragen der aktuellen Arbeitsanforderung zu finden und anzuwenden, ist in der digitalen Welt nicht nur wichtig, sondern bald Voraussetzung. Dazu kommen Mobilität und Flexibilität im Sinne einer zeit- und ortsunabhängigen Wissenssuche und eines Bildungserwerbs, der Online-Formate auch in der Bildung geradezu erfordert. Eine Fernhochschule bietet hierzu die ideale Bildungsplattform und erweitert bisher als E-Learning bekannte Formate um mobile Zugänge und attraktive E-Pub-Formate. Bildung ist damit für jeden, jederzeit und umfänglich zugänglich und bedeutet damit auch eine Liberalisierung von Arbeitszugängen. Die Zukunft von Kammern, Innungen und Verbänden, die Arbeitszugänge mit dem Hinweis reglementierten, dass ein Handwerker oder Dienstleister erst ein bestimmtes Wissen benötige, um Arbeiten sach- und fachgerecht auszuführen, sind künftig eher obsolet. Es stellt sich gar die Frage, ob Abschlüsse künftig überhaupt noch relevant sind, oder die Nutzung von Mikrowissen wie der Plattform UDACITY nicht ausreichen. MOOCs (massive open online courses) sind auf dem Vormarsch und Nanodegrees ersetzen akademische Titel. Wissen in Happen und on demand könnte Teil der künftigen Bildung 4.0 sein.

Auch wenn die Zukunft von Bildung noch nicht sicher vorhersagbar ist, wird der Wissenserwerb als Zulassungskriterium für einen Arbeitseintritt eher durch den Erwerb von Kompetenzen in der Reflektion und Datenbanknutzung ersetzt. Handlungskompetenzen ersetzen Fachkompetenzen. Daraus ergeben sich Ansprüche, die im Folgenden zusammengefasst werden sollen.

Ansprüche in der Zukunft

Digitalisierung verändert Menschen und die Wirtschaft und erfordert neue Bildungskonzepte. Die digitale Transformation individualisiert, entbürokratisiert und dyna-

misiert die Welt. Für individuelle Ansprüche ist eine moderne Arbeitswelt mit Einzelproduktionen und maßgeschneiderten Dienstleistungen gerüstet. Die Entbürokratisierung und Einführung neuer Organisationsformen wie der „Holacracy“ kann aufgrund der Demokratisierungstendenzen und der höheren Liberalität von Zusammenarbeit ebenfalls begrüßt werden. Bei der Dynamisierung sind wir Menschen, die Veränderungen grundsätzlich wenig schätzen, allerdings gefordert. Die Antwort neben agilen Denkweisen und flexiblen Handlungsoptionen könnten Werte sein, die wir in anderen Zusammenhängen mit der so genannten Entschleunigung bereits kennen. Achtsamkeit, Sinnstiftung und Gesundheitsprävention sind hier drei aktuelle Themen. Menschen in digitalen Welten mit der Tendenz zur Vermischung von Realität und Virtualität tun gut daran, Phasen der Kontemplation, Muße oder Stille einzulegen. Dies mag esoterisch klingen, wird aber in einer turbulenten Arbeitswelt immer wichtiger. Die große Nachfrage nach Resilienzberatern, Achtsamkeitscoaches und Waldtherapeuten kann ein Frühwarnsignal für diese Bedarfe sein. Ebenso ist die Sinnstiftung von Arbeit immer mehr in der Diskussion. Wenn Arbeit immer weniger real wird, ist die Identifikation durch Partizipation in Gefahr. Wer als Big Data Analyst in Form einer freien Mitarbeit bzw. als „Co-Worker“ an einer Ausschreibung um ein Projekt für eine unbekannte Firma im Ausland online befristet tätig ist, wird sich nach dem erledigten Auftrag fragen, wofür und für wen er gearbeitet hat. Partizipation allein an einem ggf. sichtbaren und verständlichen Projekt genügt dabei für die Identifikation noch nicht. Hier müssen noch Antworten gefunden werden, damit die Arbeiter in der Cloud gesund und zufrieden in einer Gesellschaft Beiträge leisten.



Prof. Dr. Ottmar Schneck ist Rektor der SRH Fernhochschule The Mobile University und Geschäftsführer der SRH Hochschulen GmbH. Er ist Dozent und Beirat in Gremien verschiedener Hochschulen, Stiftungsrat gemeinnütziger Stiftungen, Lehrbuchautor unter anderem des Bestsellers Lexikon der BWL, Referent und Trainer in Unternehmen, Planspielentwickler und Experte zum Thema Bankenregulierung in nationalen und internationalen Organisationen.



Langzeit-Studentenvertreter: Ein Problem?

von Christian Krauss

Es gibt Studenten, die kennt einfach jeder: Der „Party-Student“, der „ewige Student“, der „Politiker“, und zu guter Letzt: „Der ewige AStA-Referent“. Jeder, der mal Hochschulpolitik gemacht hat, der kennt die Gestalten, die schon da waren, als man angefangen hat sich zu engagieren, und im-

mer noch da waren, als man damit aufgehört hat.

Mittlerweile beweisen mehrere Presseberichte über die Studentenvertretung der Humboldt-Universität zu Berlin, dass solch ein langfristiges hochschulpolitisches En-

agement auch zu Problemen führen kann. Zuletzt erhielt der Berliner FDP-Abgeordnete Marcel Luthe mit einer schriftlichen Anfrage an den Wissenschaftssenator zu den Amtszeiten der AStA-Referenten der HU Berlin öffentliche Aufmerksamkeit. Dort haben sich in den letzten Jahren scheinbar unhaltbare Zustände eingebürgert: Die vorgeschriebene Amtszeitbeschränkung wird umgangen, indem die Referenten nach der maximal zulässigen Zeit ihre Ämter miteinander tauschen, um weiterhin im Amt zu bleiben – inklusive Aufwandsentschädigung. Das ist zwar rechtlich zulässig, aber bestimmt nicht im Sinne der Satzung, und erinnert auch eher an die Personalwechsel in russischen Spitzenämtern. Erschwerend kommt im Falle der HU Berlin hinzu, dass die interne Dokumentation dermaßen unsauber ist, dass teilweise nicht nachvollzogen werden kann, wer wie lange und wie oft bereits in einem AStA-Referat tätig war. Es ist zu vermuten, dass solche Entwicklungen leider an vielen Studentenvertretungen in Deutschland zum Normalzustand geworden sind. Der Fall der HU Berlin ist dabei einer der wenigen, der einer größeren Öffentlichkeit bekannt geworden ist.

Langfristiges Engagement: Vor- und Nachteile?

Grundsätzlich ist ein langes hochschulpolitisches Engagement der Studierenden erstrebenswert. Dies sichert personelle Kontinuität im Amt, das Aufbauen auf vergangenen Erfolgen sowie steigende Expertise und Erfahrung. Gerade in Zeiten von Bachelor und Master haben die Personalwechsel in den Studi-Vertretungen gefühlt rapide zugenommen. Ein langes hochschulpolitisches Engagement kann aber auch Nachteile haben: Es können sich Seilschaften bilden, Betriebsblindheit nimmt zu und Abwehrhaltung bei Erneuerungen kann sich einstellen (Zitat: ‚Das haben wir schon immer so gemacht‘). Und leider drängt sich manchmal auch der Verdacht auf, dass das Engagement in Hochschulgremien ausgenutzt wird, um sich das studentische Budget mit einer ordentlichen Aufwandsentschädigung aufzubessern.

Was zu tun ist:

1.) Amtszeitbegrenzungen

Um personelle Fluktuation sicherzustellen und Missbrauch der Hochschulgremien zu unterbinden, kann eine klare Amtszeitbegrenzung eingeführt werden. Diese muss dann so gestaltet werden, dass sie nicht ausgehebelt werden kann (Negativfallbeispiel: HU Berlin). Nachteilig ist hierbei, dass gute AStA-Referenten „zwangstillgelegt“ werden, obwohl die Studentenschaft noch mehrere Jahre von ihrer Arbeit profitieren könnte.

2.) Rechtsaufsicht der Hochschule

Die Hochschulen müssen wieder ihr wachendes Auge auf die Studentenschaften richten. Studentenschaften sind kein „Staat im Staate“, der tun und lassen kann, was er will: Sie müssen sich an Regeln und Ordnungen halten. Über all dies wacht der Präsident der Hochschule. Leider nehmen zahlreiche Hochschulleitungen diese Funktion nicht mehr konsequent wahr, weil sie sich bei den Studentenvertretern nicht „unbeliebt machen“ wollen. Wo die Aufsicht nicht gewährleistet ist, muss zu den letzten Mitteln gegriffen werden: Anfragen im Parlament, Pressestatements, der Ruf nach dem Landesrechnungshof.

3.) Aufmerksame und mündige Studentenschaft

„Jedes Volk erhält die Regierung, die es verdient“, sagte einmal der Philosoph Joseph Marie de Maistre.

So ähnlich verhält es sich auch in der politischen Kultur der Hochschulen, welche u.a. durch eine äußerst niedrige Beteiligung der Studenten (siehe Wahlbeteiligung), sowie das Nicht-Vorhandensein einer hochschulpolitischen Öffentlichkeit gekennzeichnet ist. Die Ursache für dieses Phänomen liegt in dem geringen Interesse der Studenten an ihrer eigenen politischen Vertretung. Zahlreiche Probleme innerhalb der Studentenschaft ließen sich lösen, wenn diese zwischen den Studenten (d.h. den Wählern) diskutiert würden und diese ihre Wahlentscheidung

u.a. daran ausrichteten. Politische Hochschulvertreter müssen wieder ein Gefühl dafür bekommen, dass beobachtet und bewertet wird, was sie tun oder nicht tun.

Fazit

Wo die Hochschulleitungen bei ihrer Aufsichtsfunktion versagen, muss die Politik einschreiten: Hinweise an den Landesrechnungshof bei Haushaltsunregelmäßigkeiten, Anfragen im Parlament und Pressestatements sind momentan ein probates Mittel, um eine Öffentlichkeit herzustellen und die Verantwortlichen zu sensibilisieren. Trotz aller rechtlichen Aufsicht und Sanktionen: Die einzige nachhaltig wirksame Lösung für die meisten Problementwicklungen in der studentischen Selbstverwaltung kann und wird nur endlich mehr Interesse der Studierenden sein. Wie in jeder Demokratie müssen die Wähler an den Tätigkeiten ihrer gewählten Vertreter interessiert sein, kritisch hinterfragen und ggf. das stärkste Schwert – das Wahlrecht – nutzen.



Christian A. Krauss (23) studiert im 10. Semester Zahnmedizin an der Universität Gießen, ist Hesse mit badischen Wurzeln, war von 2015 bis 2018 stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen im Bereich Programmatik und ist seit 2015 Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Gießen.

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
FINDET **FACHARZT**
HOLGER NEUE WEGE.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/holger

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**



Die Stiftung für die Freiheit in Vietnam

*Ein Interview mit Dr. Pham Tien, dem Projektmanager der Friedrich-Nau-
mann-Stiftung für die Freiheit (FNF) geführt von Brigitte Bremer*

Dr. Pham Tien, Sie sind seit 2014 für das Büro der FNF in Hanoi tätig. Seit wann gibt es das Büro in Hanoi und was macht die Stiftung in Vietnam?

Die FNF hat im September 2012 ihr Büro in Hanoi eröffnet. Damit ist die FNF erstmalig in Vietnam vertreten. Bei dem feierlichen Festakt zur Eröffnung der Räumlichkeiten sprachen der damalige Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler, die zu der Zeit amtierende Staatsministerin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper, sowie Manfred Richter, Mitglied des Vorstandes der Stiftung. Die vietnamesische Regierung war vertreten durch Don Tuan Phong, der gleichzeitig Vizepräsident der vietnamesischen Union der Freundschaftsorganisationen und Generaldirektor der Behörde PACCOC (People's Aid Coordination Committee) war. Don Tuan Phong überreichte den Vertretern der FNF eine Urkunde, mit der die offizielle Genehmigung der Regierung für die zukünftige Tätigkeit der FNF in Vietnam besiegelt wurde. Mit Unterstützung des Regionalbüroleiters der FNF, Rainer Adam, wurden vor der Eröffnung bereits Kooperations-Abkommen

und die Unterstützung der eingeleiteten Reformpolitik in diesem Sektor.

Die Projektziele sind Entscheidungsträger und Meinungsführer zu identifizieren, die Ursachen wirtschaftlicher Fehlentwicklungen zu analysieren und liberale sowie ordnungspolitische Konzepte bei den Projektpartnern zu präsentieren.

Die Projektpartner der FNF wiederum unterstützten die Provinzen dabei, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Mit anderen Worten, es soll die Attraktivität der Investitionsstandorte erhöht werden, damit sich private Firmen insbesondere KMUs ansiedeln können. Die Stiftung hat Reforminitiativen inspiriert, die darauf abzielen, dass Vietnam einen zentralen Platz in der neuen Wirtschaftsstruktur der asiatisch-pazifischen Wirtschaftszusammenarbeit (APEC) einnimmt.

Damit sich unsere Leser es besser vorstellen können, nennen Sie uns doch ein konkretes Beispiel für ein erfolgreiches Projekt.

«Ich musste erkennen, dass das Land wunderschöne Wälder und Landschaften aufweist. Darüber hinaus habe ich später das deutsche Sozialsystem zu schätzen gelernt.»

mit der Vietnam Chamber of Commerce and Industry (VCCI), dem Central Institute for Economic Management (CIEM), dem Knowledge Publishing House und dem People's Aid Coordinating Committee (PACCOC) geschlossen.

Die Hauptziele der Stiftungsarbeit in Vietnam sind die Förderung von Marktwirtschaft, die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und der Ausbau von Kapazitäten der Behörde PACCOC. Der Schwerpunkt der Arbeit im Teilprojekt Vietnam konzentriert sich mehrheitlich auf die Wirtschaftsstruk-

turen der FNF Vietnam unterhält intensive Kooperationen mit der Vietnam Chamber of Commerce and Industry (VCCI) bei der Erstellung des PCI (Provincial Competitiveness Index). Der PCI misst 10 unterschiedliche Aspekte der Investitionsbedingungen einer Provinz und liefert wichtige Informationen zur Verbesserung des Investitionsklimas.

Die Stiftung hat seit 2015 die VCCI bei der kontinuierlichen Verbesserung des PCI-Index in der Provinz Thai Nguyen und der Provinz Lai Chau unterstützt.

Sie haben in Deutschland studiert, noch vor der Wende. Sie gehören zu den wenigen Menschen, die das Privileg hatten aus einem damals noch kommunistischen Vietnam stammend in der DDR studieren zu dürfen. Wie kam es dazu?

Aufgrund meines guten Schulabschlusses habe ich für den Zeitraum von 1986 bis 1989 ein Regierungsstipendium erhalten. Dies ermöglichte mir auch im Ausland studieren zu dürfen. Das brachte mich dann an die Karl-Marx-Universität in Leipzig in der damaligen DDR. Hier habe ich auch meine Promotion abgeschlossen.

Noch während ihres Studiums öffnete sich die Mauer. Wie haben Sie persönlich die Zeit erlebt? Was passierte mit Ihrem Stipendium?

Die Wende und die Möglichkeit nach Westdeutschland zu reisen haben mein Bild von der „BRD“ deutlich verändert. Vorurteilsbehaftet durch Erzählungen und Presse ging ich von einer hoch industrialisierten und stark umweltbelastenden Landschaft aus. Ich musste erkennen, dass das Land wunderschöne Wälder und Landschaften aufweist. Darüber hinaus habe ich später das deutsche Sozialsystem zu schätzen gelernt.

Was aber meine persönliche Erwartung am meisten übertroffen hat, waren die Hilfe und die Unterstützung, die ich nach der Wende an der Universität Leipzig erfahren habe. Was meine wissenschaftliche Arbeit betrifft, habe ich gelernt, wie man eine Arbeitsgruppe aufbaut und wie man erfolgreich publiziert. Durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) erhielt ich eine tolle Unterstützung, wodurch ich meine akademische Laufbahn fortsetzen konnte. Noch heute bin ich sehr dankbar dafür.

In die DDR waren viele Vietnamesen als Arbeiter entsendet worden, die dort einen Status hatten wie die Türken in Westdeutschland. In der Bundesrepublik waren die wenigen Vietnamesen als „Boatpeople“ bekannt. In Folge des verlorenen Vietnamkriegs der Amerikaner 1975 flüchteten viele

Vietnamesen mit dem Boot vor dem kommunistischen Regime. 1978 erreichten die ersten 1.000 Flüchtlinge Deutschland. Wie sieht es mit der Vereinigung der in Deutschland lebenden Vietnamesen nun nach der Wende aus?

Aufgrund des Arbeitskräftemangels wurden über 60.000 Vietnamesen im Zeitraum zwischen 1987 und 1989 als Vertragsarbeiter in die ehemalige DDR geholt. Nach der Wende blieben ca. 5.000 Vertragsarbeiter in Deutschland. Die meistens von ihnen haben sich selbständig gemacht. Sie haben dadurch bewiesen, dass sie sich zu einem hohen Grad in die Gesellschaft integrieren ließen. Heute werden sie eher als Bereicherung für Deutschland gesehen.

Wie hat sich das kommunistische Vietnam sowohl politisch als auch wirtschaftlich in den letzten Jahrzehnten entwickelt?

Aufgrund des Einparteiensystems und des Machtmonopols der Kommunistischen Partei Vietnam (KPV) ist es sehr schwer einzuschätzen, inwiefern liberale Strömungen Einfluss auf die politischen Entscheidungen der vietnamesischen Regierung nehmen können.

Das Land zeigt Reformwillen, um den Verpflichtungen, die mit der Mitgliedschaft in

«Aufgrund des Einparteiensystems und des Machtmonopols der Kommunistischen Partei Vietnam (KPV) ist es sehr schwer einzuschätzen, inwiefern liberale Strömungen Einfluss auf die politischen Entscheidungen der vietnamesischen Regierung nehmen können.»

der WTO, AFTA, IWF, WCO etc. einhergehen, nachzukommen. Dennoch bleiben die Kernprobleme, wie ineffiziente und überschuldete Staatsbetriebe (SOE), die immer noch ca. 30% des BIP erzielen, oder die rückständige Technologie, die zu niedriger Produktionskapazität sowie Wettbewerbsfähigkeit führt. Die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand ist immer noch intransparent und teilweise hat man den Eindruck, dass sie willkürlich erfolgt.

sen. Die Staatswirtschaft wird sukzessive restrukturiert. Die Finanzmärkte, vor allem die Kreditinstitute und der Kapitalmarkt, werden liberalisiert. Die Modernisierung der Planung erfolgt.

Sowohl vietnamesische als auch ausländische Unternehmen weisen darauf hin, dass es zu deutlichen Verbesserungen bei den Gründungsprozessen gekommen ist. Dies lässt sich an den guten Wirtschaftswachs-

«Sowohl vietnamesische als auch ausländische Unternehmen weisen darauf hin, dass es zu deutlichen Verbesserungen bei den Gründungsprozessen gekommen ist.»

Das Geschäftsumfeld für private Unternehmen verbessert sich nur langsam und die Reformen bei den Verwaltungsformalitäten gehen nur mühsam voran. Auch ist die Korruption noch ein großes Thema. Vietnam liegt auf Platz 113 von 176 laut dem Transparency Ranking von 2016. Die Infrastruktur ist weiterhin stark verbesserungswürdig – auch wenn hier schon viel geschehen ist – und es klappt immer noch eine große Gleichbehandlungslücke zwischen Frauen und Männern am Arbeitsmarkt.

tums- (BSP 2017: 6,81 %) und Exportzahlen (ca. plus 18%) ablesen. Gleichzeitig wächst das Bewusstsein bei der Bevölkerung für nachhaltiges und umweltbewusstes Handeln. Etliche Förderprogramme sind von der Regierung aufgelegt worden, um den Umweltschutz zu verbessern und die Kontrollen zu verschärfen.

Wie sehen die Pläne der vor zwei Jahren neu gewählten Regierung aus?

Trotz der gerade genannten Probleme muss gesagt werden, dass mit der neuen Regierung seit April 2016 unter PM Nguyen Xuan Phuc frischer Wind in die Politik gekommen ist. Die Förderung des privaten Sektors und seine Wichtigkeit für die Entwicklung des Landes wird seitdem gepredigt und die Ergebnisse lassen sich sehen.

Es wurden weitere Maßnahmen zur Förderung der privaten Wirtschaft und der ausländischen Direktinvestitionen erlas-

Die Marktwirtschaft hält also mehr oder weniger Einzug in Vietnam. Es ist noch keine „freie“ Marktwirtschaft, sondern eine Marktwirtschaft „mit sozialistischer Prägung“. Allerdings weiß kein Mensch wie diese sozialistische Prägung längerfristig aussehen soll. Mir stellt es sich so dar, dass mit „sozialistisch“ im Namen der ideologische Anschein gewahrt bleiben soll. Das reale Wirtschaftswachstum Vietnams gemessen am BSP wird in 2018 voraussichtlich 6,7% bis 6,9% erreichen. Die Inflationsrate wird schätzungsweise bei 3,5 % bis 4,5 % liegen.

Dieses Jahr gedenken wir 50 Jahre der 68er Bewegung. Die Studenten in Deutschland gingen durch die Straßen und riefen: „Ho, Ho, Ho Chi Minh!“ Den heuti-

gen Studenten in Deutschland sagt dies nur noch wenig. Wie schaut es mit dem Andenken an Ho Chi Minh in Vietnam aus?

Vor 50 Jahren haben die Truppen der Kommunistischen Partei auf dem Schlachtfeld in Südvietnam eine Reihe offensiver militärischer Operationen eröffnet und gewannen die Schlüsselpositionen der US-Armee und des Saigon-Regimes. Trotz der hohen Verluste wurde die Tet-Offensive auf politischer Ebene als erfolgreich bewertet. Vor wenigen Wochen wurde eine große Staatszeremonie anlässlich der 68er Tet-Offensive durchgeführt. Dabei wurde das Andenken an Ho Chi Minh auf der Grundlage einer Mischung aus Personenkult und Nationalismus geführt.

Zum Schluss erlauben Sie mir noch die Frage: Was motiviert einen Vietnamesen, der in Deutschland studiert hat, in Hanoi für eine liberale Stiftung zu arbeiten?

Deutschland hat einen hervorragenden Ruf und zählt in Vietnam zu den Ländern, die sich schon seit Langem der Sozialen Marktwirtschaft widmen. Auch hat Deutschland eine multikulturelle Gesellschaft. Meine Zeit in Deutschland war für mich eine extrem wertvolle Erfahrung, von der ich mein Leben lang zehren werde. Sie hat sowohl auf mein privates als auch auf mein berufliches Leben Einfluss genommen. Durch meine Tätigkeit bei der Stiftung kann ich mein Wissen aus der Studienzeit und die Erfahrungen, die ich in einem demokratischen Land gesammelt habe, ganz im Sinne der Stiftungsziele, Förderung von Demokratie, Rechtsstaat, Pluralismus und Marktwirtschaft, in Vietnam umsetzen. Und darüber hinaus macht mir, wie ich zugeben muss, meine Arbeit einfach viel Spaß.



Ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) ermöglichte es Pham Hung Tien seinen Abschluss als Diplomkaufmann sowie ein Doktorat an der Universität Leipzig zu erwerben. Bis 2015 war er Dozent und stellvertretender Leiter des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft an der University of Economics and Business, Vietnam National University in Hanoi. Er engagiert sich als Koordinator des Alumniportal Deutschland in Vietnam, das regelmäßig unterschiedliche Veranstaltungen für ehemals in Deutschland Studierende ausrichtet. Derzeit ist er Projektleiter bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Vietnam.



Liberales Grundwerte der Umweltpolitik

*Zum 50-jährigen Jubiläum der „Zehn Gebote für eine nachhaltige Welt“
von Peter Menke-Glückert*

*Der folgende Beitrag wurde von Dr. Lukas Köhler MdB (FDP) auf der Veranstaltung „1968 –
Grundstein liberaler Umweltpolitik“, organisiert von der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit, am 08. März 2018 in Berlin gehalten.*

Sehr geehrte Damen und Herren,

es mir eine große Ehre, angesichts des Jubiläums der „Zehn Gebote für eine nachhaltige Welt“ nach Ihnen, lieber Herr Baum (Anm. d. Red.: Gerhart Baum, Bundesinnenminister a.D.), sprechen zu dürfen.

Wie groß die Sehnsucht vieler Menschen nach einer überzeugenden liberalen Umweltpolitik ist, haben mir die Erfahrungen

im vergangenen Bundestagswahlkampf eindrucksvoll gezeigt. Gerade bei Jung- und Erstwählern haben wir hervorragende Ergebnisse erzielt, auch weil sie unser liberales Lebensgefühl teilen, weil Ihnen Themen wie Bildung und Digitalisierung am Herzen liegen. Aber genau diese Wähler, jung, urban, gut ausgebildet, schwanken zwischen uns und den Grünen. Der grüne Fokus auf Klima, Umwelt und allgemein den Megatrend Nachhaltigkeit ist für sie, eben neben

unseren Themen, ein zentrales Anliegen. Denn es ist ihnen einfach sehr wichtig, dass hier etwas passiert. Von den konkreten Ideen der Grünen sind sie oft aber gar nicht so sehr begeistert. Doch sie verbinden Grüne nun mal mit dem Thema Umweltschutz und sehen diesen bei der FDP gar nicht vorhanden. Wenn auch wir in Zukunft glaubhaft vermitteln können, dass uns das Thema ein Anliegen ist, gepaart mit den besseren, smarteren inhaltlichen Lösungsvorschlägen, dann werden wir diese im Kern liberalen Wähler für uns gewinnen.

Aber ich halte nicht viel von einer rein wählerzentrierten Gestaltung der eigenen Programmatik. Um Walter Scheel zu zitieren: „Es kann nicht die Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe des Politikers ist es, das Richtige zu tun und es populär zu machen.“ Ich bin mir sicher: Wenn unsere Programmatik Punkt für Punkt auf unseren liberalen Überzeugungen basiert und wir dabei den Anspruch an einen ganzheitlichen Liberalismus erfüllen, dann wird es die logische Folge sein, dass uns die Personen, die ich angesprochen habe, künftig auch sicher wählen.

Die zehn Gebote für eine nachhaltige Welt von Peter Menke-Glückert sind ein bedeutendes zeithistorisches Dokument, auch wenn sie heute nicht mehr vielen Menschen bekannt sein dürften, genau wie ihr Autor nie die ganz große Berühmtheit erlangt hat, auch wenn er zu den Ministerialbeamten mit einer vergleichsweise hohen medialen Aufmerksamkeit gehört hat. Einem echten liberalen Überzeugungstäter ist aber die Wirkung seines Schaffens ohnehin viel wichtiger als der persönliche Ruhm und seine Wirkung kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Schließlich hat er nicht nur den Grundstein liberaler, sondern deutscher Umweltpolitik gelegt und diese dann in ihren Anfangsjahren auch entscheidend geprägt. Ich hatte zwar selbst nicht mehr die Ehre, ihn kennenlernen zu dürfen, auch wenn wir nicht nur der gleichen Partei angehörten, sondern auch beide dem Verband Liberaler Akademiker, dem er insgesamt 17

**«Ich bin mir sicher:
Wenn unsere Programmatik
Punkt für Punkt auf
unseren liberalen
Überzeugungen basiert
und wir dabei den Anspruch
an einen ganzheitlichen
Liberalismus erfüllen,
dann wird es die logische
Folge sein, dass uns
die Personen, die ich ange-
sprochen habe, künftig
auch sicher wählen.»**

Jahre lang als Präses diente. Und deswegen freue ich mich auch sehr Sie, lieber Steffen Glöckler (Anm. d., Red.: Steffen Glöckler, ehem. Präses des VLA), als einen seiner Nachfolger hier begrüßen zu dürfen.

Nach allem, was ich über den umweltpolitischen Pionier Peter Menke-Glückert gehört und gelesen habe, bin ich mir aber sicher: Ihn würde heute wahrscheinlich nicht nur interessieren, wie wir sein eigenes Schaffen historisch bewerten, sondern in erster Linie, wie wir als neue Generation der Freien Demokraten die liberale Umweltpolitik der Zukunft gestalten werden. Für mich ist dabei entscheidend, dass wir zunächst den Diskurs über die Leitlinien dieser Umweltpolitik beginnen. Deshalb möchte ich Ihnen in vier kurzen Pinselstrichen einen Einblick in eine solche Neugestaltung aus meiner Sicht geben.

Wenn wir uns die Frage nach den liberalen Grundwerten der Umweltpolitik stellen, dann begeben wir uns in das weite Feld der Umweltethik. Das ist gerade für mich extrem spannend und beschäftigt mich sehr. Beispielsweise bringe ich dazu bald mit zwei Kollegen von der Hochschule für Philosophie in München eine neue Einführung in das Thema als Buch heraus und könnte

stundenlang darüber reden. Da ich den hier gegebenen Rahmen jedoch nicht sprengen will, lassen sie mich kurz in den ersten beiden Pinselstrichen die zwei wichtigsten Grundströmungen der Umweltethik in Bezug auf den Wertpluralismus nennen: Den Physiozentrismus auf der einen und den Anthropozentrismus auf der anderen Seite. Der Physiozentrismus geht in all seinen Spielarten davon aus, dass die nichtmenschliche Natur einen intrinsischen, also einen eigenen moralischen Wert hat und alleine deshalb schützenswert ist. Dieser Ansatz klingt sympathisch, wirft allerdings viel mehr Fragen auf, als er beantwortet, vor allem die Frage nach den sich daraus ableitenden Grenzen menschlichen Handelns – und wie sie sich begründen lassen, ohne willkürlich zu sein. Denn sobald einzelne Eingriffe in die Natur zugelassen werden und andere nicht, findet eine notwendigerweise höchst subjektive Bewertung darüber statt, welche Teile der Natur einen höheren Wert haben als andere. Und selbst, wenn die Kriterien zu objektiv nachvollziehbaren Ergebnissen führen, wie etwa die Unterscheidung zwischen leidensfähigen und nicht-leidensfähigen Tieren, so bleibt doch

man hier von einem funktionalen oder extrinsischen Wert, also einem Wert für jemanden. Nicht die Natur an sich hat einen Wert, sondern ihre Funktion für den Menschen. Das kann ein materieller Nutzen sein – die Natur als Quelle für Nahrungsmittel oder Rohstoffe. Es kann aber auch ein ästhetischer Nutzen sein – eine intakte Naturlandschaft ist für viele Menschen schließlich etwas subjektiv Schönes, macht Heimatgefühle aus oder trägt zum Wohlbefinden bei. Die Natur kann aber auch eine spirituelle Funktion erfüllen, wenn etwa bestimmte Erlebnisse zu einer verbesserten Selbstreflexion führen. Und natürlich erfüllt sie, zum Beispiel in Form von sauberer Luft oder sauberem Wasser, durch die Ökosystemdienstleistungen auch viele andere Funktionen für den Menschen. Wenn wir diesem anthropozentrischen Ansatz folgen, verbinden wir rationale Entscheidungen mit emotionalen Bewertungen. Und das muss unser erster Anspruch an eine liberale Umweltpolitik sein. So ist der bayrische Wald aufgrund vieler Funktionen, nicht zuletzt aber aufgrund seiner Schönheit, seiner Ästhetik und dem erhabenen Gefühl einer langen Wanderung, bei der man sich gerne klein vorkommt,

«Nicht die Natur an sich hat einen Wert, sondern ihre Funktion für den Menschen. Das kann ein materieller Nutzen sein – die Natur als Quelle für Nahrungsmittel oder Rohstoffe. Es kann aber auch ein ästhetischer Nutzen sein (...).»

die Auswahl solcher Kriterien weiterhin willkürlich und vom Menschen abhängig. Das ist allerdings solange kein Problem, wie ein Mensch daraus nur sein eigenes Handeln ableitet. Problematisch wird es dann, wenn wir von anderen verlangen, die gleichen, oft eher emotionalen als rationalen Maßstäbe anzulegen. Im Anthropozentrismus hingegen erwächst der Wert der Natur aus der Betrachtung des Menschen. In den meisten Fällen spricht

schützenswert. Er ist aber natürlich auch als Quell für ökonomische Nutzung ein wichtiger und schützenswerter Rohstofflieferant.

Die letzten beiden Pinselstriche beschäftigen sich mit der Abkehr eines alten Verständnisses von Natur, der Abkehr von der Objektzentrierung hin zur Prozesszentrierung. Es tut mir leid, dass ich Ihnen heute viel zumute, aber ich halte den Kern dieser Debatte für ein zentrales Anliegen, um zu

einer smarten Umweltpolitik zu kommen. Heute betrachten wir in der Umweltpolitik die Natur nur in ihren Einzelteilen. Die Forderung nach der Abschaltung von Kohlekraftwerken nimmt beispielsweise nur die CO₂-Bilanz in den Blick. Was aber fehlt ist auf einer unteren Ebene die Betrachtung der Verknüpfung von Kohlekraft mit ökonomischen und insbesondere mit sozialen Belangen unserer Zeit, und auf einer weitergefassten Ebene die Einbeziehung der europäischen Energiepolitik. Ich halte diese Objektivierung einzelner Aspekte des Komplexes Umwelt für hochproblematisch.

Ich möchte Ihnen heute einen neuen Weg des Nachdenkens über Umweltpolitik vorschlagen. Aus meiner Perspektive sollten wir die Umwelt als Prozess begreifen. Dies drückt sich auch heute schon darin aus, dass wir über die Umwelt immer als etwas Lebendiges reden. Aber was bedeutet das genau? Umweltpolitik als Prozess betrachtet das gesamte System und seine Verknüpfungen. Beispielsweise müssen wir in der Klimapolitik alle Emittenten in den Blick nehmen und herausfinden, an welchen Stellen das größte und an welchen das günstigste Einsparungspotenzial vorhanden ist. Dabei müssen wir uns aber auch mit der zeitlichen Dimension auseinandersetzen. Smarte Lösungen in der Klimapolitik bedeuten heute z.B. den Verkehrssektor in den Blick zu nehmen und trotzdem über den Zertifikatenhandel dafür zu sorgen, dass Anreize geschaffen werden in die energieeffizienten und CO₂ einsparenden Methoden von morgen zu investieren. Wenn wir Umweltpolitik vom Ziel her denken und dabei die komplexen Zusammenhänge im System in den Blick nehmen, das können wir die Prinzipien wie Polluter-Pays, Do-No-Harm oder das Precautionary Principle auch wahrlich umsetzen. Denn das macht in meinen Augen liberale Umweltpolitik aus: Mit einem klaren Wertekompass heute die Lösungen von morgen durch die beteiligten Akteure anzugehen.

Zum Schluss möchte ich nun noch auf einen Punkt hinweisen, der mir ganz besonders am Herzen liegt und auf natürliche Weise aus

diesem Ansatz entsteht: Die Umweltpolitik, die wir heute machen, betrifft nicht nur uns, sondern auch nachfolgende Generationen, bei langfristigen Maßnahmen sogar in erster Linie. Und deshalb dürfen wir nie nur nach den kurzfristigen Kosten und Nutzen schauen, denn sonst laden wir die Lasten unserer Politik bei denen ab, die sich nicht dagegen wehren können. Generationengerechtigkeit bedeutet nicht nur ein faires Rentensystem und eine solide Haushaltspolitik. Generationengerechtigkeit bedeutet auch, unseren Kindern und Enkeln eine Umwelt zu hinterlassen, die ihnen alle Möglichkeiten bietet, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss unser liberaler Anspruch sein.



Dr. Lukas Köhler MdB, geboren in München und aufgewachsen in Monheim am Rhein, erwarb an der Hochschule für Philosophie München das Bakkalaureat in Philosophie. Danach studierte er an der Ateneo De Manila University in Manila auf den Philippinen sowie an der University of London und erwarb dort den Master of Arts in Philosophie. 2011 bis 2015 promovierte er an der Hochschule für Philosophie in München zum Thema „Über die Repräsentation von Non-Voice-Parties in demokratischen Staaten“ und leitete anschließend als Geschäftsführer das von ihm mitgegründete Zentrum für Umweltethik und Umweltbildung. Er ist verheiratet und hat einen Sohn. Seit 2017 ist Dr. Lukas Köhler Mitglied des Deutschen Bundestages.



Jungen und Männer als Opfer

von Alexander Bagus

Missbrauch und Nötigung betreffen beide Geschlechter – wenn auch ungleichmäßig

Durch die politischen Debatten online wie offline kursierte jüngst der Hashtag #metoo. Vergleichbar mit 2013, als #Aufschrei die Debatte anstieß, standen verschiedenste Formen von verbalen wie tätlichen Übergriffen auf Frauen im Fokus. Gleichzeitig rutschten mit dem zweifachen Oscar-Preisträger Kevin Spacey auch sexuelle Übergriffe auf Männer in den Fokus. Der Vorwurf an ihn: Er soll im Alter von 26 Jahren nach einer Party den zu jenem Zeitpunkt 14-jährigen Schauspieler Anthony Rapp sexuell belästigt haben. Spacey dementierte nichts, erklärte jedoch, er könne sich aufgrund enormen Alkoholkonsums an nichts erinnern; verharmlosen wolle er dennoch nichts. Weitere Vorwürfe sexueller Belästigung wurden in der Folge gegen ihn erhoben.

Dieser prominente Fall wirft ein Schlaglicht auf ein sonst eher kaum behandeltes Thema: Missbrauch und Nötigung betreffen in übergroßer Mehrheit Mädchen und Frauen. Die kleinere Zahl an betroffenen Jungen und Männern sollte jedoch nicht unvergessen bleiben.

So findet derzeit zum Beispiel in Bamberg ein Prozess gegen einen 26-jährigen Mann statt. Er soll sich an einem schlafenden 16-jährigen vergangen haben. Neben der Aufarbeitung durch die Justiz offenbarten sich online immer wieder Jungs. So berichtete ein Internatsschüler im Alter von 13 Jahren von Vergewaltigungen durch mehrere Schulkameraden. Diese hätten dabei sogar Videos aufgenommen und Fotos gemacht. Ein 17-jähriger Junge hegte aufgrund einer Vergewaltigung und der damit verbundenen Angst vor HIV Selbstmord-Gedanken. Ein anderer, so wurde bekannt, hat aufgrund sexuellen Missbrauchs durch einen Mann sich sogar schon das Leben genommen.

Während gleichgeschlechtliche Übergriffe zahlenmäßig absolut dominieren, vergreifen sich auch Frauen an Jungen und Männern; so berichtet ein Schüler von dem sexuellen Missbrauch durch seine Lehrerin, ein anderer von erzwungenem Sex mit zwei Mädchen nach einer Feier. Solche Vorfälle seien nach Aussagen von Beratern keine Einzelfälle. Etwa 20 Prozent aller Missbrauchshandlungen werden laut Ursula Endres, der Leiterin von Zartbitter e. V., der

Kölner Kontakt- und Informationsstelle gegen Missbrauch an Mädchen und Jungen, von Frauen begangen. Bekannt werden zumeist Fälle aus den Vereinigten Staaten. Nur zwei Beispiele aus der Berichterstattung deutscher Medien im Jahr 2017: So soll in einem Fall eine 43-jährige Lehrerin einen obdachlos gewordenen 15-jährigen Schüler bei sich aufgenommen und in der Folge immer wieder missbraucht haben. In einem anderen Fall sollen drei 16 bzw. 17 Jahre alte Schüler von ihrer Lehrerin (25) verführt worden sein.

Manchmal stellt ein Rechtssystem zusätzlich die Verhältnisse auch auf den Kopf: Nachdem ein 15-jähriger Franzose in Dubai von mehreren Männern vergewaltigt wurde, mussten sich nicht nur die Täter vor einer Strafe fürchten, sondern auch das Opfer. So ist nämlich in Dubai nach der Scharia der Geschlechtsakt unter Männern – egal ob freiwillig oder mit Gewalt erzwungen – strafbar.

Von Jungen ...

Jungen werden im Gegensatz zu Mädchen häufiger außerhalb der Familie Opfer. Beispielsweise sind die Täter absolut Fremde, aber auch Autoritäts- und Vertrauenspersonen sowie gleichaltrige oder ältere Jugendliche. Bei knapp 66 Prozent der männlichen Opfer kam es zu einer versuchten und/oder realisierten Penetration und bei jedem fünften Übergriff war dabei körperliche Gewaltanwendung im Spiel. Fast jeder zweite betroffene Junge oder Mann hat noch nie über diese furchtbaren Erlebnisse gesprochen. Der Erziehungswissenschaftler Dr. Dirk Bange rechnet hoch, dass „5–10 Prozent der Männer bis zum Alter von 14 bis 16 Jahren mindestens einmal einen unerwünschten oder durch die 'moralische' Übermacht einer deutlich älteren Person oder durch Gewalt erzwungenen sexuellen Körperkontakt erlebt haben.“

... und Männern

Hinsichtlich der Aufklärung und Wahrnehmung von sexueller Gewalt gegen Mädchen

und Frauen ist die Gesellschaft weit gekommen. Die jüngste Debatte zeigt dennoch: Es ist weiter viel Luft nach oben. Vorbeugendes Verhalten wird inzwischen den Mädchen schon früh anerzogen, gleichzeitig steigt langsam die Wahrnehmung der Gefährdung von Jungen (Stichwort: Pädophilie). Allerdings kommt kaum ein Junge oder ein Mann selbst auf die Idee, dass er möglicherweise einmal Opfer sexueller Gewalt werden könnte.

Dabei waren schon in den 1970er Jahren bei den aktenkundigen sexuellen Vergewaltigungen vier bis acht Prozent der Opfer männlichen Geschlechts. Im Zentrum steht meistens eine maskuline Machtdemonstration mittels Gewalt mit der Frage, wer wen (anal) penetriert. Das Selbstverständnis des Mannes – entsprungen dem vermittelten Rollenbild – verursacht weitere Probleme. Allgemein akzeptiert ist nur, dass ein weibliches Opfer körperlich einem männlichen Täter unterlegen ist. Laut Sozialwissenschaftler Hans-Joachim Lenz werde einem gedemütigten männlichen Opfer zumeist eine Mitschuld unterstellt: „Er hätte sich ja (als 'richtiger' Mann) wehren können und vielleicht ist er ein (verkappter) Schwuler, der sich nur ziert.“ Der Schaden auf psychischer Ebene hat beim Mann damit einen anderen Charakter. Diese ganze Problematik trägt auch dazu bei, dass trotz der körperlichen Verletzungen, die bei 75 Prozent aller Vergewaltigungen auftreten, nur jeder dritte Mann ärztliche Hilfe in Anspruch nimmt.

Zudem können Jungen und Männer in Form von häuslicher Gewalt zu Opfern werden. Bei häuslicher Gewalt kommt es zu Gewalttaten zwischen Personen, die im gleichen Haushalt leben. Vergewaltigung ist eine Form davon. Ein Anti-Gewalt-Projekt in San Francisco vermutet, dass in 50 Prozent aller homosexuellen Beziehungen Männer zu Opfern häuslicher Gewalt werden.

Schwerer Stand der Opfer in der Öffentlichkeit

Tragisch ist für Jungen und Männer die Verharmlosung der an ihnen begangenen

«Tatsächlich sind männliche Opfer von Vergewaltigungen selbst in der Medizin erst seit wenigen Jahren ein Thema. Hier haben vor allem Organisationen der schwulen Szene sich um eine bessere Wahrnehmung bemüht.»

gewalttätigen Übergriffe. Dies geschieht durch die Öffentlichkeit wie auch selbst durch eine überwiegende Zahl des Fachpersonals. Lenz sieht die Ursache darin, dass die Helfer die Opfer nicht sehen wollen, weil sie selbst nicht mit ihrer eigenen schwachen – als weiblich denunzierten – Seite gesehen werden wollen. Der Wissenschaftler urteilt dabei hart: Öffentliche Mittel gingen an Projekte mit dem Fokus auf männliche Täter und weibliche Opfer. Denn: „die von Männern erlittenen Gewalterfahrungen hingegen gelten als nicht 'politikfähig', sie verschwinden hinter dem Klischee von 'Opfer sind Frauen und Männer sind Täter'.“

Tatsächlich sind männliche Opfer von Vergewaltigungen selbst in der Medizin erst seit wenigen Jahren ein Thema. Hier haben vor allem Organisationen der schwulen Szene sich um eine bessere Wahrnehmung bemüht.

Anlaufstellen

Dennoch sind Anlaufstellen für vergewaltigte Jungen bzw. Männer weiter rar. Abgesehen von dem bereits erwähnten Verein Zartbitter, der sich an Mädchen und Jungen richtet, ist eines der wenigen Hilfsangebote für Jungen und junge Männer von 0 bis 21 Jahren die Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle (kurz: kibs). Kibs versteht sich als Initiative zur Hilfe und Unterstützung für männliche Opfer sexueller Gewalt in der

genannten Altersgrenze. Für Männer, die zu alt für kibs sind, empfiehlt sich Tauwetter als Ansprechpartner für Männer, die als Jungen sexuelle Gewalt über sich ergehen lassen mussten.

Sexuelle Übergriffe – verbal wie nonverbal – verdienen auf jeden Fall größere gesellschaftliche Wahrnehmung. Wichtig sollte dabei stets sein, dass das Individuum im Fokus steht und nicht Geschlechterstereotypen, denn jeder und jede verdient gleichermaßen Respekt.



Alexander Bagus ist Jahrgang 1983, Geburtsstadt München, mit deutlich süddeutscher Prägung, hat von 2006 bis 2010 in Würzburg Neuere und Neueste sowie Mittelalterliche Geschichte und Öffentliches Recht studiert und als Magister Artium abgeschlossen. Seit 2010 forscht er für seine Dissertation im Bereich der Frühen Neuzeit über Fragen der Kommunikation im Anschluss an den Dreißigjährigen Krieg. Beruflich ist er derzeit bei der Bundeswehr im Dienstgrad eines Hauptmanns tätig. Ab 2008 hat er sich bei der LHG Würzburg engagiert und war 2012 bis 2014 Landesvorsitzender der LHG Bayern. 2015 bis Anfang 2017 gehörte er als Schatzmeister dem Bundesvorstand des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen (LHG) an. Dem VLA trat er Anfang 2013 bei, wurde erst Beisitzer im Präsidium und 2015 2. Vize-Präses. Im Jahr 2017 trat er Brigitte Bremers Nachfolge als Präses an.

IMPRESSUM

5. Jahrgang*, Heft 7
www.liberale-perspektiven.de
Auflage 1000
VLA – Verband Liberaler Akademiker
– Seniorenverband
Liberaler Studenten e.V.
*nach Neukonzeption und –gestaltung

HERAUSGEBER

VLA – Verband Liberaler Akademiker
– Seniorenverband
Liberaler Studenten e.V.
Alexander Bagus (Präses)

CHEFREDAKTION

Brigitte Bremer
bremer@liberale-akademiker.de

AUTOREN DIESER AUSGABE

Prof. Dr. Klaus Allerbeck, Alexander Bagus,
Brigitte Bremer, Achim Groth, Dr. Lukas
Köhler, Christian Kraus, Dr. Ralf-Rainer
Piesold, Prof. Dr. Ottmar Schneck, Marina
Sedlo, Dr. Pham Tien, Lukas Tiltmann

BILDNACHWEISE

Brigitte Bremer, Alexander Bagus, Design.
Sorgenfrei. UG (haftungsbeschränkt), Fried-
rich-Naumann-Stiftung für die Freiheit,
Achim Groth, Dr. Lukas Köhler, Christian
Kraus, Dr. Ralf-Rainer Piesold, Prof. Dr. Ott-
mar Schneck, Marina Sedlo, Lukas Tiltmann

KORREKTORAT

Benedikt Bente,
Achim Groth

DRUCK

Druck und Werte GmbH
Peterssteinweg 17, 04107 Leipzig

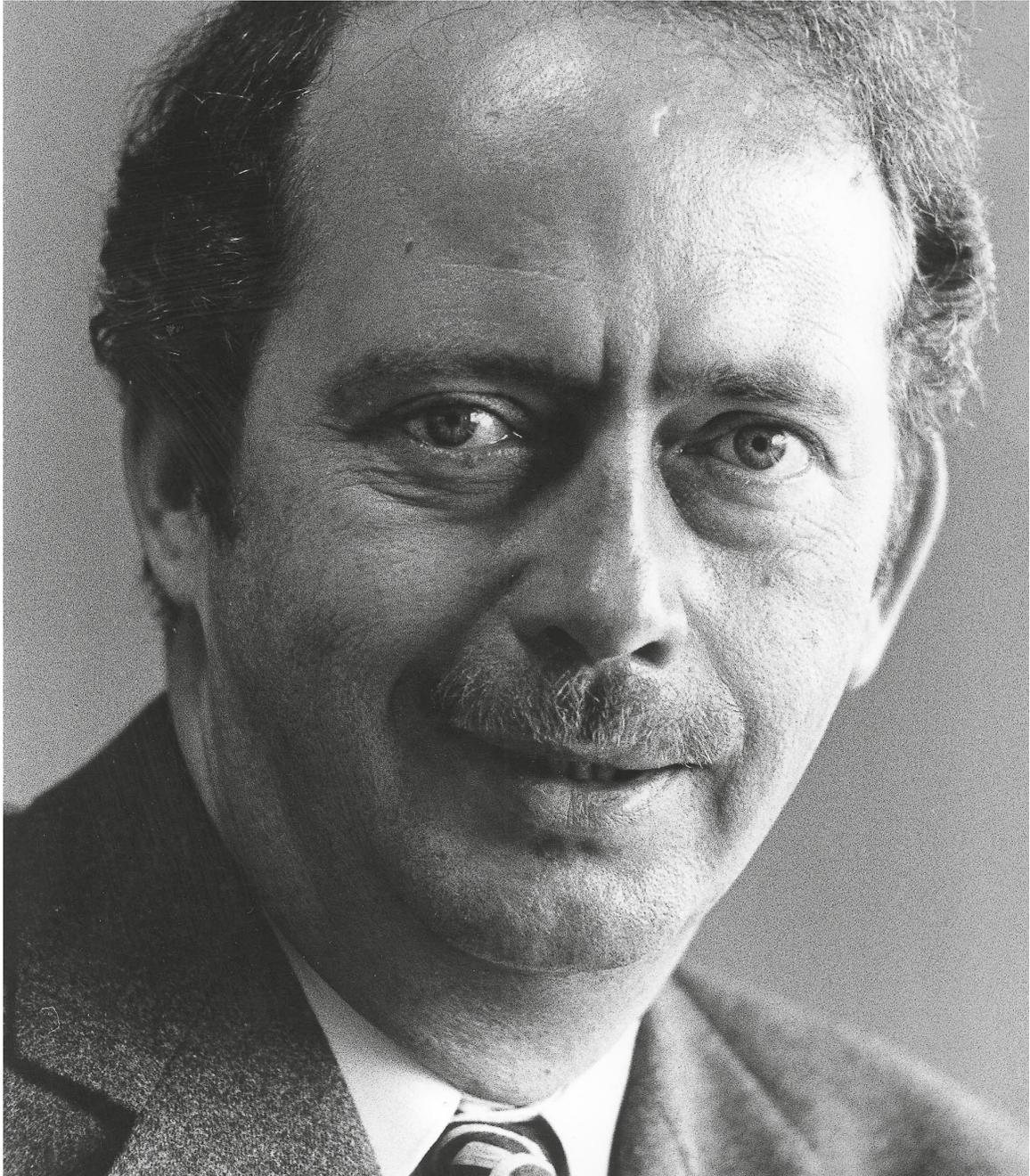
LAYOUT

Design.Sorgenfrei.UG (haftungsbeschränkt)
Große Beckstraße 17, 44787 Bochum

VLA

Gegründet 1955 in Bonn,
Registergericht: Amtsgericht
Berlin (Charlottenburg) VR 23444 B
Steuernummer: 27/680/58186
ISSN 2193-7133

*Für die Richtigkeit der Texte kann der
Herausgeber keine Gewähr übernehmen.
Alle Berichte und Beiträge sind nach bestem
Wissen und Gewissen der jeweiligen Autoren
zusammengestellt. Namentlich gekennzeich-
nete Beiträge geben nicht unbedingt die Mei-
nung der Redaktion wieder.*



REMEMBERING DAHRENDORF *

von Prof. Dr. Klaus Allerbeck

The last time I saw Lord Dahrendorf was in Darmstadt where he was awarded the Schader Preis, shortly after his 80th birthday. He had himself typed his words of

thanks for the award, but someone else had to deliver his planned speech. He had almost lost his voice and could say only a few words, like 'I do not have a Zweitstimme' (a

bilingual pun, Stimme meaning both voice and ballot). His death a few weeks later coincided with the 80th birthday of Jürgen Habermas, and drew equal attention in the German media.

I prefer to remember a meeting in London 2003. We did not talk much about a study I was conducting then. He seemed happy when I reported that the topic of Mitbestimmung had come up in a discussion of the consequences of the possibilities of a European SA. He obviously rather enjoyed being a tour guide for my wife and me, showing us around the House of Lords. Few of them were in attendance. Dahrendorf introduced some and pointed out a few crucial facts. Two members of Attlee's cabinet, he said, were still among the Peers. It was an unforgettable hour, during which I could not completely suppress thinking of Janis Joplin. An awesome accomplishment for a German intellectual, sociologist and politician. At the time, I was not aware that he had chosen his title 'Baron Dahrendorf of Clare Market in the City of Westminster' himself.

His life's threads are interwoven with the history of the past century, especially British German relations, of course, including misunderstandings which got some attention on the 20th anniversary of the opening of the iron curtain and German reunification.

If history is a stream, the Berlin wall marks a watershed. In 1961, Germany appeared divided permanently. So were the political divisions: chancellor Konrad Adenauer, who had been mayor of Cologne before the Nazis took power in 1933, called the SPD candidate Willy Brandt by his original name 'Frahm', thus adding his not widely known illegitimate birth to the known fact that he had returned from emigration to Germany. Adenauer's party lost the majority in parliament, but stayed in power due to a coalition with the liberal party.

This was about the time when Ralf Dahrendorf must have started working on his masterpiece Society and Democracy in

Germany, which was published in 1965. Adenauer was still alive but out of office, and there was a lot of political talk about the 'inheritance' he left. Dahrendorf's book provides a clear statement on the 'German question'. Well written, cogently argued, filled with facts – there is no way to summarize it in a paragraph or two. His focus is on the German elite and its structure. His eloquent call for change was a challenge for the 'frightened elites'. Political reality, however, was to follow Professor Dahrendorf by moving exactly in the opposite direction. In 1966, a coalition of the two largest parties, CDU and SPD, was formed. The Grand Coalition combined a technocratic modernization with an agreement of both parties to reform the election law in a way to guarantee that no other party could possibly be elected and a change of the constitution ('Basic Law') to limit civil liberties in times of crisis. Kurt Georg Kiesinger, a spokesman for the German Foreign Office during the war, was elected chancellor and the emigrant Willy Brandt his deputy and Minister for Foreign Affairs.

I could have been Dahrendorf's student. However, in 1964, following my Abitur, I decided to study sociology in Berlin, and Dahrendorf was Full Professor of Sociology in Tübingen (and soon at the University he founded in Konstanz, with the support of Kiesinger, who was Prime Minister of the State of Baden-Württemberg then). In terms of generations, we were quite apart. Born in 1929, Ralf Dahrendorf spent time in a concentration camp. My own first memory of anything historical is a flight from Berlin-Gatow to Hanover during the Berlin air lift as a boy, almost four years old.

In terms of party politics, I was, however, much older than Professor Dahrendorf. I joined the liberal students in Berlin in 1964, became a member of the party (FDP) with the intention of kicking out the national chairman and Vice-Chancellor Erich Mende (the first German politician who dared to display his Wehrmacht Ritterkreuz in public). As national chairman of Liberaler Studentenbund, I was a member of the par-

«His career as a German sociologist appears even more brilliant than it must have been in the eyes of his own generation (most of my professors must have envied him).»

ty executive committee, at a time when the conservative / liberal coalition fell apart in 1966. Thus, I was a political insider. Mende stepped down in 1968. Dahrendorf joined the party shortly before. Thus, my perspective on the life and work of Ralf Dahrendorf must be somewhat odd in its duality.

He undergoes all the ritual requirements (doctorate, habilitation, plus a doctorate of the London School of Economics) at a formidable pace. At the age of 29 he becomes full professor in Hamburg, and accepts the chair in Tübingen in 1960 when he is just 31 years old. As ordinarius of the field, he is the personified discipline of Sociology at the leading, classical university of Württemberg in the classical German tradition. In his ambitious writings, and probably in his lectures, Karl Marx, Max Weber, Tocqueville, Robert Merton and Talcott Parsons, to name but a few, look like his equals.

But while sociology in Germany at this time is rather idiosyncratic, very different from university to university – if there is a chair in sociology – the sociology Dahrendorf teaches is a normal science, even if not completely mainstream. It has an American flavour, but disagrees with structural functionalism and considers Karl Marx as an earlier conflict theorist. The highly visible young professor (and his publisher, Klaus Piper) are crucial in establishing sociology as a legitimate, if too successful, discipline in post-war Germany.

The Californian dream of a social scientist of being invited to the Centre for Advanced Study in order to enjoy the leisure of the theory class for a whole productive year

becomes true for him at the tender age of 28 years. He writes the rightly famous English version of his Habilitationsschrift on classes and class conflict there, and a very successful (for the publisher) German introduction to Role Theory, as if the Economic Man had to be supplemented by a Homo Sociologicus. This very learned literature review is a very German view of a Robinson Crusoe who, unfortunately, must live among others and suffers from all the constraints of the roles society imposes on him, preventing him from being his real self, certainly in public. It is included in his collected works, published in 1967 as *Paths Out of Utopia*, where he declares it as dated in retrospect. His career as a German sociologist appears even more brilliant than it must have been in the eyes of his own generation (most of my professors must have envied him).

1968 becomes a turning point in his life. For little over a year, he is a member of the state legislature of Baden-Württemberg. Elected to the Bundestag in 1969, he becomes junior minister in the Foreign Office of the Brandt/Scheel coalition. Less than a year later, he is a member of the European commission.

To understand his departure from academia and turn to politics, one has to take a close look at a publication that appears as minor, at best: a short Vorwort to the German translation of Goffman's masterpiece 'The Presentation of Self in Everyday Life' he wrote in early 1969. It can be read in at least two ways. The inconsistencies and errors in it are impossible to notice for anyone who is not a learned professional sociologist. Perhaps these should be overlooked, as if an absent minded professor, who gives in to the demands of a publisher as a courtesy, had dictated a brief text in haste.

On the other hand, the allusions, especially the tacit ones, are too carefully written to be ignored. It seems at least highly likely that he did read the book, including its first footnote, carefully before composing the preface. Suddenly, the author of *Homo Sociologicus* realizes that he

managed to completely overlook the German origins of Chicago sociology, founded by Albion Small and Park. (Park obtained his doctorate in Heidelberg with a dissertation on 'Masse and Publikum'). But then, he is a politician with ambitions to become German chancellor, he cannot easily withdraw his widely available text on role theory (the ill-advised exercise is still available in print, separately). There is no need to withdraw it later, either, when he leaves politics. 'Wieland Europa' is the (soon lifted) pseudonym he picked for an analysis of the state of the European Union (Wieland translated Shakespeare into German, as did Schlegel). His resignation as EC commissioner follows. He begins to define his own unique role for the three decades that followed. He serves as interpreter between England and the Continent.

The almost countless honours bestowed upon him, his academic appointments in the LSE and Oxford university, his prolific writings – all this has been mentioned in the numerous obituaries. What impressed me most, however, was the House of Lords as a living institution and an embodiment of tradition to which the Queen appointed him, precisely because most of its members appeared to be absent at the time I was there. I suppose that the strength of the United Kingdom as a political system is the part of Parliament which is not fully mobilized most of the time.

Without submitting to his authority either as a politician or sociologist, I cannot help admiring his lifetime achievement reducing the enormous misunderstandings between the nations in the process of becoming a united Europe, not really possible for his generation. 'We need reverence to perceive greatness, even as we need a telescope to observe spiral nebulae', writes Michael Polanyi in the third of his Lindsay Lectures published under a title Ralph Litton used 23 years earlier, *The Study of Man*. We need this to appreciate his self-description as a 'straddler', neither philosopher nor king, as he describes himself on the second (and last) page of his manuscript, accepting

the Schader Prize for his lifetime achievement on May 7th 2009, exactly 64 years after the unconditional surrender of the Third Reich.

Germany, celebrating its reunification as I write this, has yet to appreciate the magnitude of its loss with the passing of Ralf Dahrendorf.

*Klaus Allerbeck: *Remembering Dahrendorf*, erschienen in *Appraisal* Vol. 7, No. 4, October 2009. Pages 49-51.



Prof. Dr. Allerbeck ist ein deutscher Soziologe. Er lehrte bis März 2010 als Professor an der Universität Frankfurt am Main. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Methoden der empirischen Sozialforschung sowie der interkulturelle und zeitliche Vergleich sozialer Strukturen. Klaus Allerbeck ist Mitglied des VLA.

Supermacht Wissenschaft

rezensiert von Achim Groth

Bald schon werden wir mit Chips, die in unser Gehirn eingepflanzt werden, Maschinen steuern oder Gefühle kommunizieren. Unsere Kriege werden intelligente Automaten führen, die viel bessere Entscheidungen viel schneller treffen können als menschliche Soldaten. Durch Genmanipulation werden Krankheiten ausgerottet und unsere Körper optimiert. Nanobots werden in unseren Gefäßen patrouillieren und defekte Zellen durch intakte ersetzen, was uns theoretisch unsterblich machen würde. Möglich wäre das alles, aber wollen wir das auch? Und wie können wir uns darüber verständigen, welche technischen

Errungenschaften wir nutzen wollen und welche nicht?

Lars Jaeger, promovierter Physiker, Mathematiker und Philosoph, sieht die Menschheit am Scheideweg. Erstmals kann der Mensch nicht nur seine Umwelt formen, sondern sich selbst. Er kann sein eigenes Erbgut manipulieren und Symbiosen mit anderen Menschen oder Maschinen eingehen. Er kann Maschinen bauen, die ihm nicht nur körperlich, sondern auch geistig überlegen sind, die unter Umständen sogar ein Bewusstsein und seelische Bedürfnisse haben. Deshalb stellen sich die Fragen „Was ist der Mensch?“ und „Wie soll der Mensch sein?“ mit nie zuvor gekannter Dringlichkeit. In seinem Buch „Supermacht Wissenschaft“ stellt Jaeger zunächst in aller Kürze den Stand und die Entwicklungslinien aktueller Schlüsseltechnologien dar. Da geht es um Quantencomputer, Nanotechnologie und Gentechnologie, um Gehirndoping und Virtualisierung bis hin zu völlig künstlichem Leben. Dabei stellt er Utopie und Dystopie gegeneinander: Die „Genschere“ CRISPR beispielsweise kann genutzt werden, um krankhafte Gendefekte zu reparieren und damit viel menschliches Leid zu lindern. Man kann damit aber auch ein Designerbaby schaffen mit selektierten, aus anderen Lebewesen importierten oder völlig künstlichen Genen, einen Homunculus, der dem natürlichen Menschen körperlich und geistig hoch überlegen sein könnte. Künstliche Intelligenz kann unsere Produktivität und unseren Lebensstandard ungeheuer steigern und gleichzeitig unsere Umweltprobleme lösen. Aber werden die Superintelligenzen, die vielleicht in Zukunft unsere ganze Technologie kontrollieren, uns Menschen nicht als Störfaktoren empfinden und vernichten? Wird das Überleben der Menschheit eines Tages von der seelischen Gesundheit einer



intelligenten Atombombe abhängen, wie es Regisseur John Carpenter 1974 in seiner schwarzen Science-Fiction Komödie „Dark Star“ durchgespielt hat?

Ein Verzicht auf Anwendung und weitere Entwicklung zukünftiger Schlüsseltechnologien ist weder sinnvoll noch aussichtsreich. Zu viel Geld wird sich mit ihnen verdienen lassen. Was also ist zu tun? Jaeger plädiert für eine Ethik, die auf Spiritualität, intellektueller Redlichkeit und Bayesianischem Geist beruht. Unter Spiritualität versteht der Autor „die Haltung, den Dingen auf den Grund zu gehen und sich an Wahrheiten zu orientieren.“ Intellektuelle Redlichkeit ist für ihn die ehrliche Erfassung der Tatsachen und das vorbehaltlose Abschätzen der Folgen einer Entwicklung. Der Begriff des Bayesianischen Geistes leitet sich vom 1763 veröffentlichten Bayes'schen Theorem her, mit dem man die Wahrscheinlichkeit einer Aussage anhand der Wahrscheinlichkeiten ihrer Voraussetzungen berechnen kann. Der Bayesianische Geist analysiert ständig neue Erkenntnisse und passt die Wahrscheinlichkeiten wissenschaftlicher Aussagen daran an. Auf diese Weise kann beispielsweise die Aussage, dass zurzeit ein vom Menschen verursachter Klimawandel stattfindet, durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse wahrscheinlicher oder weniger wahrscheinlich werden – im Idealfall auf Basis objektiver Fakten und ohne ideologische Scheuklappen.

Ausgerechnet an diesem Dreh- und Angelpunkt seiner Argumentation ist der Autor allerdings nicht auf der Höhe der Zeit. Aus seiner recht speziellen Definition von Spiritualität leitet er die Überflüssigkeit, ja sogar Schädlichkeit von Religion und Dogmen ab. Kurt Gödel hat aber 1931 bewiesen, dass jedes System zwangsläufig unbeweisbare Aussagen enthält, und dass hinreichend komplexe Systeme niemals widerspruchsfrei sein können. Ein ethisches System ohne dogmatische Voraussetzungen und ohne Widersprüche ist also nicht denkbar. Dennoch sind Jaegers Grundsätze einer wissenschaftlichen Ethik, die er am Schluss seines

Buches in Form eines Manifests formuliert, bedenkenswert: Ständiges Mitspracherecht für alle auf Basis eines informierten Dialogs, soziale Diversität zur Erhöhung der kollektiven Intelligenz, Gesetzgebung in demokratischem und föderalem Rahmen, rationaler Diskurs und transparente Technologie, keine automatisierte Willensbildung (wie zum Beispiel die Facebook-Filterblase), erweiterte Risikoethik und Durchsetzung des Verursacherprinzips bei den Kosten der Technikfolgen.

„Supermacht Wissenschaft“ ist ein knapper, gut lesbarer Überblick über den Stand der wichtigsten Schlüsseltechnologien, der aus ihnen resultierenden Probleme und möglicher Lösungen.



Achim Groth (54) hat an der Technischen Universität Berlin Maschinenbau, Fachrichtung Produktionstechnik, studiert. Er war in Forschung, Elektroindustrie und Papierverarbeitung in Führungspositionen tätig und ist seit einigen Jahren selbständig. Er ist verheiratet, hat drei Kinder und wohnt in Sulzbach-Rosenberg.

Christian Lindner: Schattenjahre – Die Rückkehr des politischen Liberalismus

rezensiert von Dr. Ralf-Rainer Piesold

Mit den Sätzen „Mit einem Gelben Balken von 10,7 Prozent endeten vier Jahre der außerparlamentarischen Opposition. Der Schatten wird bleiben – nicht als Last und auch nicht als Makel, sondern als Erinnerung an die Zukunft“ endet das Buch „Schattenjahre“ von Christian Lindner. Diese beiden Sätze symbolisieren auch die Stimmung, die man am Abend der Bundestagswahl 2017 bei der FDP erkennen konnte: Gewissheit über den Erfolg, Genugtuung und vor allem Erleichterung, das tiefe Tal durchstanden zu haben. Mit 10,7 % war die FDP wieder zurück auf der parlamentarischen Bühne in Berlin.

Christian Lindners Buch „Schattenjahre“ beschreibt eindrucksvoll, welche Tiefen und Höhen die FDP durchlebt hat, und stellt damit ein Zeitdokument des Überlebenskampfes einer politischen Partei dar, die wie kaum eine andere die Regierungsarbeit in Bonn und Berlin geprägt hat. Für Leser, die diese Periode miterlebt haben, kommen Erinnerungen wieder auf. In kurzer Zeit erlebt man so die qualvolle Ausgangssituation, die kleinen Hoffnungsschimmer und die rasanten Entwicklung im Jahr 2017 wieder. Dass Christian Lindner das Buch so kurz nach der Wahl veröffentlichte, zeigt wohl auch, dass selbst das Buch ein Teil dieser politischen Strategie ist. Die Darstellung dieser politischen Strategie macht „Schattenjahre“ in meinen Augen auch für diejenigen lesenswert, die sich mit strategischen Fragen beschäftigen. Es ist deshalb mehr als nur eine reine Beschreibung politischer Abläufe, sondern eine Darstellung, wie politische Abläufe gestaltet werden können. Es beginnt natürlich mit dem Tag der Nie-

derlage, dem 22. September 2013, dem Tag als die FDP aus dem Deutschen Bundestag flog, da sie lediglich 4,8% der Stimmen erhielt. Das Kapitel beginnt mit dem Satz „Es war doch immer gut gegangen“ und beschreibt, wie eine zerstrittene Partei versucht mit bekannten politischen Verfahren und Methoden das drohende Unheil noch einmal abzuwenden: Ein Foto von Philipp Rösler und Rainer Brüderle mit Altkanzler Helmut Kohl oder der Plakatslogan „Jetzt geht’s um Ganze“, aus dem, wie Lindner bemerkt, lediglich mutlose Zweifel sprachen. Die FDP Führung hatte zu diesem Zeitpunkt nicht nur die falsche Taktik gewählt, sondern offensichtlich auch nicht mit der absoluten Niederlage gerechnet. Auch die Botschaft „Wer Angela Merkel weiterhin als Kanzlerin will, muss die FDP wählen“ findet Lindner falsch.

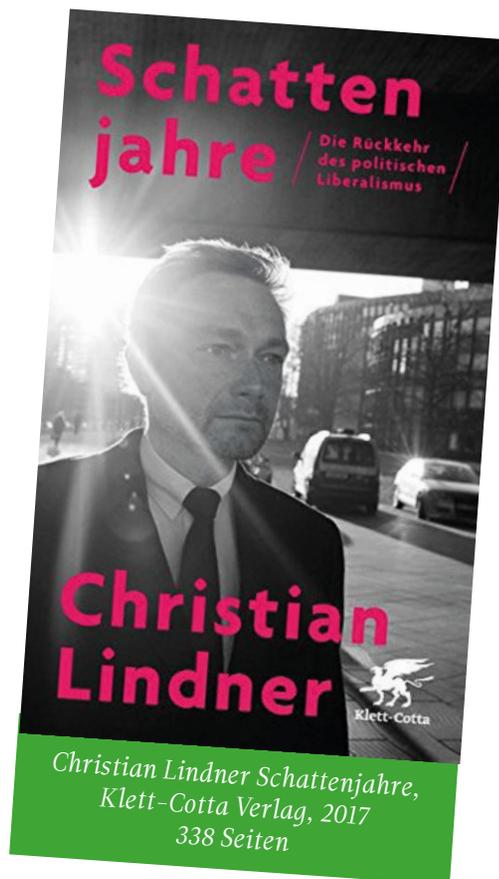
Schon die Suche nach einer gemeinsamen Sprachregelung offenbarte die Hilflosigkeit und die Ratlosigkeit der damaligen FDP Spitze. Die Botschaft von Lindner war damals schon klarer: „Ab morgen wird die FDP wiederaufgebaut.“ Auf Guido Westerwelles Hinweis, dass nun Christian Lindner den Parteivorsitz übernehmen müsse, war die Antwort deutlich: „die Entscheidung sei schon getroffen“. Für viele brach eine Welt zusammen. Bezeichnend ist die Passage, in der Lindner aus Westerwelles Buch „Zwischen zwei Welten“ zitiert: „Ich weinte aus Erschöpfung und aus Mitgefühl, ich weinte um das, was ich in so vielen Jahren aufgebaut hatte und was nun unwiederbringlich vorbei zu sein schien.“ Während sich diese dramatischen Szenen abspielten, dachte Lindner wohl schon an den Aufbruch und

holte so erfahrene Politiker wie den Kieler Landespolitiker Wolfgang Kubicki oder den Finanzexperten Dr. Hermann-Otto Solms an Bord. Später stieß noch die ehemalige hessische Kultusministerin Nicola Beer als neue Generalsekretärin zum Team. Im nächsten Kapitel wird nicht nur aufgezeigt, wie sich die Abwicklung der Bundestagsfraktion vollzog, sondern auch wie viel Spott, Hohn und Häme die FDP einstecken musste. Der Leser kann gut nachvollziehen, wie man sich als FDP-Mitglied fühlte. Es wird aber auch klar dokumentiert, wie Liberale die Niederlage als Chance begriffen, „denn viele vermissten offensichtlich nicht die alte FDP, sie vermissten aber eine liberale Partei.“ Das Buch zeichnet nicht nur die Jahre zwischen 2013 bis 2017 nach, sondern skizziert auch die Motive des neuen Bundesvorsitzenden und beschreibt die Einflüsse und den Werdegang Lindners in autobiografischer Form. Die Vorkommnisse um Jürgen Möllemann, sein eigener Rücktritt als Generalsekretär, der Sturz von Guido Westerwelle, der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen 2012 und auch weit zurückliegende Ereignisse, wie die Niederlage von Helmut Kohl und der damaligen CDU/FDP-Bundesregierung, sowie deren negative Folgen für die FDP werden thematisiert und finden Berücksichtigung in der politischen Strategie der neuen FDP. Zwischenzeitlich sank die Zustimmung bei den Umfragewerten noch weiter. Die Talsohle war noch lange nicht durchschritten. Immer wieder nimmt der Autor Bezug auf die Dreikönigstreffen und vergisst auch

den politischen Tiefschlag von Annegret Kramp-Karrenbauer nicht, die den Rauswurf der FDP aus der Koalition zeitgleich zur Rede von Philipp Rösler auf dem Dreikönigstreffen 2013 verkündete.

„Keine Sau braucht die FDP“ war wohl gut gemeint, aber vollkommen misslungen. Die FDP stand in den Umfragen bei -%, also nicht messbar. Die Partei stand an einem Wendepunkt – in der Situation scheitern oder siegen. In dem Buch wird

auch geschildert, wie einzelne Ereignisse, beispielsweise eine Rede Anfang 2015 vor dem Landtag in Nordrhein-Westfalen, den Wiederaufbau der FDP beeinflussten. Die Rede wurde zu einem YouTube-Hit. Ein SPD-Parlamentarier hatte Lindner privates Scheitern vorgeworfen, der wiederum darlegte, dass ein Scheitern immer vorkommen könne und dann verzeihlich sei, wenn die zweite Chance genutzt würde. Diese Passage befindet sich in der Mitte des Buches und symbolisiert auch die Trendwende in der allgemeinen Situation, in der sich die FDP befand. Neue Konzepte wie „unser bester Mann für Hamburg – Katja Suding“ oder die neue Konzeption des Dreikönigstreffens mit den Beinen der Hamburger Spitzenkandidatin zeigen wie planvoll auch teilweise provokativ die Wahlen vorbereitet wurden. Die Werbelinie der Werbeagentur „Heimat“ hatte an diesem Erfolg einen wesentlichen Anteil. Die beiden Wahlen in Hamburg und Bremen werden als „Eisbrecherwahlen“ titulierte. Gleichzeitig wird auf die inhaltliche Erneuerung der FDP hingewiesen. Immer deutlicher wird, wie



des Dreikönigstreffens mit den Beinen der Hamburger Spitzenkandidatin zeigen wie planvoll auch teilweise provokativ die Wahlen vorbereitet wurden. Die Werbelinie der Werbeagentur „Heimat“ hatte an diesem Erfolg einen wesentlichen Anteil. Die beiden Wahlen in Hamburg und Bremen werden als „Eisbrecherwahlen“ titulierte. Gleichzeitig wird auf die inhaltliche Erneuerung der FDP hingewiesen. Immer deutlicher wird, wie

bedeutend die Einbindung neuer Medien, neuer Slogans oder gar neuer Farben für die Revitalisierung der FDP war, und auch wie mühsam die Kärnerarbeit ist. 45 Monate Parteivorsitzender in der APO waren nach Christian Lindner 372.000 Kilometer, 453 Flüge, 673 Interviews und 951 Reden – die Schattenjahre waren mit Sicherheit keine angenehmen, geruhsamen Jahre, sondern einfach eine mühsame Zeit voller Arbeit.

Einen weiten Bereich nehmen auch die Abgrenzung zur AfD und das Widerstehen, auf deren Zug aufzuspringen, ein. Die Flüchtlingsfrage veränderte die Republik und natürlich auch die Wählerströme. Hier wird wieder eindrucksvoll geschildert, wie sich die neue FDP diesem Thema nähert ohne die dumpfen reaktionären Phrasen einerseits oder die kritiklose, grenzenlose Aufnahmepolitik andererseits zu adaptieren. Auch in dieser Frage etablierte die FDP ihren eigenen Weg. Die darauffolgenden Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz werden als Garanten dafür dargestellt, dass der Erfolg zurückkehrte. Hashtags wie #3k16 oder „GermanMut“ und „Beta-Republik“ werden als Möglichkeit geschildert, die Verkrustung der alten Politik anzuprangern. Christian Lindner schildert eindrucksvoll, dass der positive Trend unverkennbar war. Immer wieder werden Rückschläge – auch im persönlichen Bereich – thematisiert. So der Tod von Guido Westerwelle, der seinem Krebsleiden unterlag, oder auch der Tod von Hans Dietrich Genscher, der für die Liberalen als die Gallionsfigur schlechthin galt. Auch der Tod von Walter Scheel findet in diesem Buch natürlich seine Berücksichtigung.

Christian Lindner verdeutlicht, dass das nicht alles eine „One-Man-Show“ gewesen sei, sondern viele – nicht zuletzt sein Bundesgeschäftsführer Marco Buschmann – daran beteiligt gewesen seien. Die neue FDP sei auch keine CLP (Christian Lindner Partei), sondern eine Partei, die von vielen getragen wird. Das stimmt natürlich, doch auch die Tatsache, dass die FDP geschlossen aufgetreten ist und die neue Konzeption

einheitlich vertreten wurde, hat zum Erfolg beigetragen. Der Fehler aus 2011 wiederholte sich nicht. Insofern kann Lindner dann ausführlich auf die „Pflicht“ – die Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen – und später auf die „Kür“, die Bundestagswahl 2017, eingehen, die beide bekanntermaßen erfolgreich abgeschlossen wurden.

Für mich ein sehr lesenswertes Buch, das mich natürlich auch an zahlreiche eigene Erlebnisse erinnert hat. Da ich 2013 meinen hauptamtlichen Magistratsposten verloren hatte, durfte ich die Schattenjahre dann als Hanauer Parteivorsitzender und späterer Bundestagskandidat für den Wahlkreis 180 (Hanau) miterleben. Die Tiefen und Höhen in der Politik liegen dicht beisammen, aber auch die Kraft, die man aus den eigenen inneren Überzeugungen gewinnt, kann dazu führen, dass Schattenjahre immer wieder überwunden werden.



Dr. Ralf-Rainer Piesold ist Fellow an der Frankfurt University of Applied Sciences und lehrt am Fachbereich Wirtschaft und Recht in den Studiengängen Public Management und Public Administration.



Mehr Mut zu Europa, liebe Freie Demokraten!

von Marina Sedlo

Das Bekenntnis zur Europäischen Union ist heute wichtiger denn je. In vielen europäischen Ländern bekommen nationalistische Ideen und Parteien immer mehr Zuspruch.

Sogar in Deutschland: Je nach Umfrage ist

die nationalistische Partei AfD die zweitstärkste Partei Deutschlands. In der Regierung redet Bundesinnenminister Horst Seehofer von Grenzkontrollen in Deutschland, solange die Grenzen der Europäischen Union nicht gesichert sind, und mit der Gründung

des sogenannten „Heimatministeriums“ entfernt sich Deutschland immer weiter von Europa. Wie können die Bürger so etwas erlauben und sogar anstreben? Ist der Erhalt der Europäischen Union wirklich so sicher? Gerade der Brexit zeigt uns, wie wackelig die Zukunft der Europäischen Union sein kann. Was können die Liberalen in Deutschland tun, um dem Trend entgegenzuwirken und eine Situation wie in Großbritannien zu vermeiden?

Libérale Werte sind für eine offene Gesellschaft von großer Bedeutung. Der wachsende Nationalismus in Deutschland lässt sich auch durch die Abwesenheit der FDP im Bundestag in den letzten vier Jahren erklären. Vielleicht hätte die Regierung bei ausschlaggebenden Themen wie der Flüchtlingskrise anders entschieden, wenn die Liberalen die Kraft gehabt hätten, sich konstruktiv an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen, ob als Teil der Regierung oder der Opposition. Nach den Handlungen der Regierung in den letzten vier Jahren befinden wir uns nun in einer Situation, in der viele Bürger der traditionellen Politik nicht mehr vertrauen und sich eher in extremistischen, populistischen und nationalistischen Parteien wiederfinden. Jetzt müssen die Liberalen dringend handeln.

Die FDP hat nach der Niederlage von 2013 ihre liberale Linie wiedergefunden und hat es geschafft, den Liberalismus als attraktives Gefühl und für jedermann zugänglich zu verkaufen. Diese frische, moderne aber trotzdem noch seriöse Art Politik zu machen hat vor allem junge Wähler überzeugt und führte zu den letzten Wahlerfolgen.

Jedoch muss festgestellt werden, dass die Freien Demokraten den Fokus immer noch sehr wenig auf das Thema Europa setzen. Wenn man in Deutschland an eine „Europapartei“ denkt, kommt die FDP nicht an

**«Hans-Dietrich Genscher:
Europa ist unsere Zukunft,
sonst haben wir keine.»**

erster Stelle. Wenn man das Allgemeinbild betrachtet, hat man das Gefühl, Europa wäre der Partei sogar gleichgültig. Man weiß zwar, dass die große Mehrheit der Freien Demokraten pro Europa ist, aber in welchem Umfang man die Europäische Union haben möchte bleibt unklar. Was den Menschen aber auffällt, ist die ständige Kritik und Skepsis was Lösungs- und Entwicklungsvorschläge anderer angeht. Als der französische Präsident Emmanuel Macron seinen Plan für Europa vorstellte, hätte die FDP diesen Plan bekräftigen können, um ein starkes Zeichen für Europa und den Liberalismus zu setzen. Stattdessen kam von den Liberalen nur die Kritik an seiner angedachten Finanzpolitik.

Christian Lindner zitiert immer gerne den Satz des ehemaligen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher: „Europa ist unsere Zukunft, sonst haben wir keine.“ Aber durch die Handlungen und Themensetzungen fragen sich viele, ob Herr Lindner und die FDP es wirklich so meinen. Allein ein Blick auf die Homepage der Freien Demokraten zeigt uns, dass das Thema Europa wenig Relevanz hat.

Die Beschlusslage der Partei ist aber klar: Mit dem Wunsch einer europäischen Armee oder sogar der Vertiefung Europas mit dem Ziel eines Bundesstaates bekennt sich die Mehrheit der Mitglieder klar und deutlich zu Europa.

Dennoch wird nur durch Aktionen der Jungen Liberalen, wie neulich vor dem Dreikönigstreffen, darauf aufmerksam gemacht. Der Impuls der Jugend ist wichtig, aber die Mitglieder sollen sich darauf verlassen können, dass die Spitze der Partei ihre eigene Beschlusslage richtig vertritt, was zum Thema Europa wenig der Fall ist. Christian Lindner erwähnt zum Beispiel sogar öffentlich, dass er die Idee eines europäischen Bundesstaates nicht unterstützt und spricht damit gegen die Beschlusslage der eigenen Partei. Durch diese Haltung wird ein Bild der Freien Demokraten zu Europa vermittelt, das nicht der Wahrheit entspricht.

Durch den kommenden „Brexit“ und die Wahl Donald Trumps in den USA haben viele Menschen verstanden, dass die Freiheit und der Frieden auch in Europa nicht selbstverständlich sind. Viele wichtige pro-europäische Bewegungen sind durch diese Erkenntnis in Deutschland entstanden, um den Europaskeptikern und Populisten nicht die Bühne zu überlassen. Diese Bewegungen haben auch nach Rückhalt in der Politik gesucht, und Parteien wie die SPD oder die CDU haben diesen geboten. Im Bundestagswahlkampf wurde, anders als bei der FDP, das Thema Europa sogar bundesweit plakatiert. Bei diesen Parteien wussten die Wähler, dass die Zukunft Europas in den nächsten Jahren eine große Rolle spielen wird. Wollen wir aber wirklich diese Verantwortung den Sozialdemokraten und Konservativen überlassen? Wer, wenn nicht die Liberalen, ist geeignet, die Werte der Europäischen Union (Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte) am besten zu verteidigen? Nur vernünftige und durchdachte Konzepte können die Europäische Union vorantreiben. Diese findet man schon in der Beschlusslage der Freien Demokraten. Sie müssen nur noch kommuniziert und durchgesetzt werden.

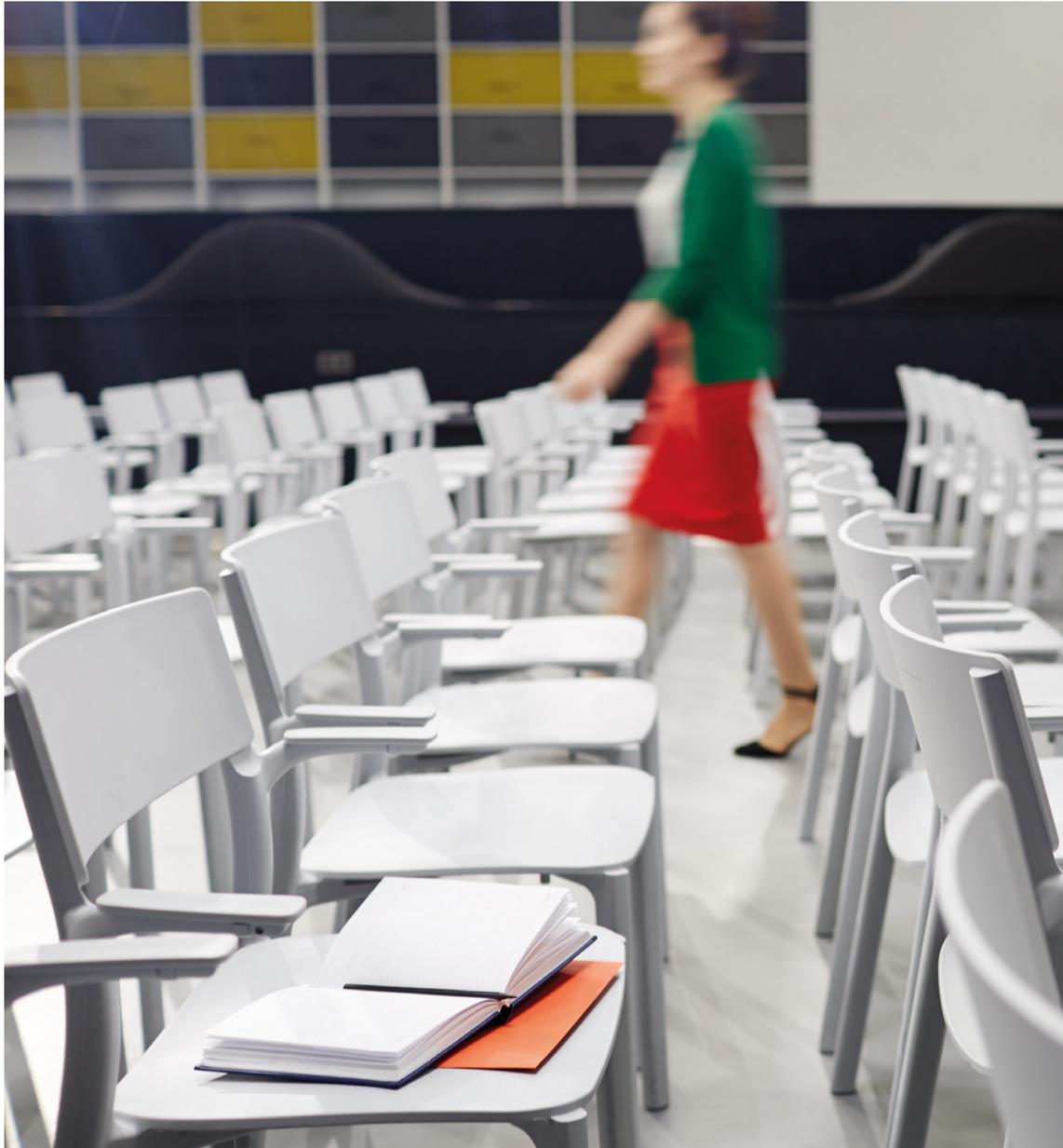
Der interne Wiederaufbau bei den Freien Demokraten ist gelungen. Die Liberalen in Deutschland sind wieder da und treten im Bundestag stark und selbstsicher auf. Im Mai 2019 finden die Europawahlen statt und als Liberale haben wir jetzt die Chance und die Kraft, konstruktive Vorschläge für die Zukunft Europas zu machen und nach dem von Herrn Lindner gern zitierten Satz von Hans-Dietrich Genscher zu handeln. Es gilt jetzt zu zeigen und immer wieder zu betonen, wie wichtig die Freiheit und der Frieden in Europa sind. Die Entwicklung einer europäischen Identität muss angestrebt werden, um eine funktionierende Union zu sichern, und Brüssel soll nicht weiter als Sündenbock des Scheiterns auf nationaler Ebene missbraucht werden. Das Wort „Eu-

ropa“ muss genauso attraktiv gemacht werden, wie es die FDP bei der Bundestagswahl mit dem Liberalismus geschafft hat. Die Europäische Union braucht den Liberalismus und es liegt an uns, den Takt vorzugeben.

Also, liebe Liberale: Zeigt, dass euch Europa nicht egal ist. Zeigt Mut, European Mut.



Marina Sedlo ist 24 Jahre alt und Studentin der Rechtswissenschaft. Sie ist geboren in Frankreich, aufgewachsen in Luxemburg und seit 2009 wohnhaft in Deutschland. Sie ist nach der Bundestagswahl 2013 der liberalen Familie beigetreten (JuLis - FDP - LHG - VLA) und war auch zweieinhalb Jahre lang International Officer im Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppen.



Neues aus der Hochschulpolitik

von *Lukas Tiltmann*

171 Tage – So lange hat es gedauert, bis sich nach der Bundestagswahl am 24.09.2017 eine neue Bundesregierung zusammengefunden hat. Lange Verhandlungen, erst im sogenann-

ten Jamaika-Bündnis und schlussendlich in einer Neuauflage der Großen Koalition, haben die politischen Nerven der Bürgerinnen und Bürger strapaziert. Welchen Weg wird die Bundesregierung nun einschlagen?

Werden die dringenden Herausforderungen tatsächlich angegangen und gibt es grundlegende Veränderungen in unserem System? Und wie wird es mit dem Bereich der Bildung weitergehen? Fragen, die sich auch die Liberalen Hochschulgruppen in diesen Tagen stellen.

Die Probleme und Herausforderungen liegen auf dem Tisch. Wohnungsmangel, fehlende Digitalisierung in den Hochschulen, eine dramatisch niedrige Quote der BAföG-Empfängerinnen und Empfänger, kaum vorhandene staatliche Stipendienprogramme und ein Bildungsföderalismus, welcher dem globalen Wettbewerb in den kommenden Jahren kaum ebenbürtig gegenüberstehen kann. Die Liberalen Hochschulgruppen haben sich sehr erfreut gezeigt, dass nun endlich wieder eine liberale Fraktion im Deutschen Bundestag Politik macht. Auch in der Bildungspolitik war dies in den ersten Wochen der Legislatur deutlich spürbar. Sinnbildlich steht hierbei die Diskussion um eine BAföG-Reform im Februar 2018. Eingbracht hatte diesen Antrag die Fraktion des Bündnis 90/ Die Grünen. Zwar war die Idee inhaltlich begrüßenswert, die dahinterstehende Vision leider viel zu mutlos. Natürlich unterstützen die Liberalen Hochschulgruppen eine grundlegende Reform des BAföG-Systems. Bei einer Empfängerquote von gerade einmal 18 % aller Studierenden kann auch nicht von einem erfolgreichen Modell gesprochen werden. Die Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze sowie eine Dynamisierung dieser Bedarfssätze kann nur ein erster Schritt sein. Mutig wäre es dagegen, das BAföG endlich für alle Studierenden zu öffnen und eltern- bzw. einkommensunabhängig zu gestalten. Auf diese notwendige und schlussendlich soziale Reform müssen die Studierenden in Deutschland leider noch warten. Mit der neuen Bundesregierung wird es kaum Veränderungen geben.

Und dann muss natürlich auch über das bildungspolitische Schreckgespenst der CDU gesprochen werden – das Kooperationsverbot. Schon in der Begrifflichkeit

absurd, wird es in der Realität zur echten Gefahr für das deutsche Bildungssystem. In den Jamaika-Verhandlungen konnten kaum Veränderungen an der bildungspolitischen Zusammenarbeit zwischen Ländern und Bund gemacht werden, Investitionen seitens des Bundes wären weiterhin nur im geringen Maße möglich. Von einer Verfassungsänderung konnte schon gar nicht gesprochen werden. Die Große Koalition hat es dagegen geschafft, etwas mehr Bewegung in den Bildungsföderalismus zu bringen. Nennenswerte Investitionen seitens des Bundes scheinen nun in greifbarer Nähe zu sein. Leider verlässt auch bei diesem Thema die Bundesregierung der Mut zu einer grundsätzlichen Reform. Die Realität, dass nicht die Hochschulen in Bayern und Bremen, sondern in Berlin und Belgien im Wettbewerbe zueinander stehen wird vollkommen ignoriert. Die Liberalen Hochschulgruppen würden sich hierbei mehr Exzellenz der Bundesregierung wünschen. Eine Investition in das deutsche Hochschulsystem ist auch eine Investition in die zukünftige Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik.

Die 59. BMV – Jahr der Demokratie

Auch in diesem Jahr stand Anfang Januar die Neuwahl des Bundesvorstandes der Liberalen Hochschulgruppen auf einer ordentlichen Bundesmitgliederversammlung an. Nach intensiven Satzungsdebatten am Freitagabend und Samstagvormittag verabschiedete der Bundesvorsitzende Johannes Dallheimer seinen aktuellen Vorstand und dankte ihnen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Besonders sind hierbei die langjährigen LHG-Mitglieder Marina Sedlo aus Frankfurt am Main und Christian Krauss aus Giessen zu nennen. Über mehrere Jahre hinweg haben sich die beiden in die Arbeit des Bundesvorstandes eingebracht und den Verband spürbar mitgestaltet. Marina Sedlo hat als International Officer die Kontakte zu den europäischen Partnerorganisationen stets gepflegt, persönliche Freundschaften ermöglicht und ein solides Fundament für

« Das Jahr 2018 wird für die Liberalen Hochschulgruppen ein bedeutendes Jahr. (...) Die Arbeit für ein internationales weltoffenes Hochschulsystem, der Geist der Europäischen Zusammenarbeit und die zukunftsweisenden Investitionen in die deutschen Hochschulen werden dabei von den Liberalen Hochschulgruppen in den Fokus gerückt. »

die kommenden Jahre geschaffen. Ebenso hat Christian Krauss als Programmierer die Inhalte der Liberalen Hochschulgruppen nach außen und innen vertreten, eigene Ideen eingebracht und die Programmierung des liberalen Partners FDP mit einer hochschulpolitischen Handschrift versehen. Johannes Dallheimer stellte sich auf der Bundesmitgliederversammlung in Münster erneut zur Wahl und wurde mit großer Mehrheit von den Mitgliedern der Liberalen Hochschulgruppen gewählt. Er wird im kommenden Vorstand von Lukas Tiltmann (Programmierung, Osnabrück), Marten Pukrop (Schatzmeister, Mainz), Julius Graack (Organisation, Göttingen), Roland Papesch (Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Göttingen) und Esther Steverding (International Officer, Münster) unterstützt. Darüber hinaus wird der Bundesvorstand von Gerrit v. Zedlitz (Beigeordneter Social Media), Konrad Wartke (Beigeordneter IT/Technik) und Julia Krebs (Beigeordnete AK Frauen) vervollständigt.

Das Jahr 2018 wird für die Liberalen Hochschulgruppen ein bedeutendes Jahr. Johannes Dallheimer rief auf der Bundesmitgliederversammlung in Münster das Jahr der

Demokratie an den deutschen Hochschulen aus. Die Arbeit für ein internationales weltoffenes Hochschulsystem, der Geist der Europäischen Zusammenarbeit und die zukunftsweisenden Investitionen in die deutschen Hochschulen werden dabei von den Liberalen Hochschulgruppen in den Fokus gerückt.



Lukas Tiltmann (22) studiert in Osnabrück den Master „Europäisches Regieren“. Zuvor war er auch bei der LHG Trier und im LHG Landesverband Rheinland-Pfalz aktiv. Seit 2017 gehört er dem Bundesvorstand des LHG an, seit 2018 ist er für die Programmierung des Verbandes zuständig.

Verband Liberaler Akademiker e.V. | Westendallee 108 | 14052 Berlin

info@liberale-akademiker.de

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Liberaler Akademiker, Seniorenverband Liberaler Studenten e.V. (VLA). Von der Satzung habe ich Kenntnis genommen.

Den Mitgliedsbeitrag setze ich auf jährlich _____ € fest.

Mindestjahresbeitrag: 75 € | Studierende 20 € (in den ersten drei Mitgliedsjahren)

Name, Vorname

Straße Hausnr.

PLZ

Ort

E-Mail-Adresse

Telefon

Beruf*

Wissensgebiete*

Meine Daten sind für die LHG verfügbar* Ja Nein

* freiwillige Angabe

Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Arbeit des VLA erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden und der Versand auf elektronischem Wege steht in diesem Fall dem Postweg gleich. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten VLA für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial per Post und E-Mail nutzt. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

ORT, DATUM

UNTERSCHRIFT

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats für meine Mitgliedsbeiträge

Gläubiger-Identifikationsnummer DE49VLA00000027411 Mandatsreferenz: wird separat mitgeteilt
Ich ermächtige den VLA, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VLA auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen ist es mir möglich, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber_in

Kreditinstitut

BIC

IBAN

ORT, DATUM

UNTERSCHRIFT

Hallo oBiker! Leih mich an

1. Downloade die oBike App
2. Öffne das Schloss, indem du den QR-Code scannst
3. Parke und schließe mich wieder ab



Bitte stelle mich an geeigneten öffentlichen Orten ab.

